

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 • 82323 Tutzing • Telefon 08158/256-0 • Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> • E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de



3 / 2001

Die Zukunft der EU: regional oder föderal?

Gleich drei Akademietagungen beschäftigten sich mit Zukunftsproblemen der Europäischen Union und ihrer Erweiterung nach Osten: Befürchtungen und Hoffnungen, Vorteile und Nachteile des polnischen EU-

Beitritts diskutierten polnische und deutsche Experten. Die Auswirkungen der Osterweiterung auf die Arbeitsmärkte war Thema einer Tagung mit der Europäischen Kommission. Und ob der deutsche Föderalismus ein Modell

für die EU sein kann, erörterten internationale renommierte Fachleute aus sechs Ländern.

Siehe Seiten 3-4, 23-24, 27



Karikatur Liebermann

Das Phänomen 1968:

Verschiebungen in der politischen Tektonik

Hans Maiers persönliche Bilanz

Der Kuratoriumsvorsitzende der Akademie, Prof. Dr. Hans Maier, stand gleich zweimal im Mittelpunkt von Veranstaltungen. Beim Akademiegespräch im



Foto: Schröder

Landtag analysierte er aus der Sicht des Betroffenen (er war 1968 Hochschullehrer in München und ab 1970 Kultusminister) die politische Situation des Jahres 1968 und die Folgen.

Viel Prominenz aus Politik, Wissenschaft, Kirche und Medien feierte mit ihm in Tutzing seinen 70. Geburtstag. Festredner würdigten seine vielfältigen Leistungen als Gelehrter und Politiker.

Siehe Seiten 9-12

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>EU-Erweiterung:</i> Polen auf dem Weg nach Europa	3
<i>Politik und Moral:</i> Innenansichten einer besonderen Beziehung	5
Demokratien brauchen Werte	7
Das braune und rote Gesicht der Diktatur	8
<i>Akademiegespräch im Landtag:</i> Organisierte Formlosigkeit	9
<i>Hans Maier 70:</i> „Alemannisches Lamm mit Schlitzohren“	11
<i>Neue Medien und Kino:</i> Nicht der 16-Millimeter-Vergangenheit nachtrauern	13
<i>Demokratie und Neue Medien:</i> Technologische Visionen und Utopien	16
Diskriminierung kostet Geld	19
Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen	20
Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter: - Mehr Konkurrenz um Lohn und Arbeit? - NS-Aufschwung oder Staatskonjunktur?	21 23 25
Themen - Tagungen - Termine	28
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	32

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

Siegfried **Kett**

Kollegium:

Dr. Horst **Denzer**, Dozent

Grundsatzfragen von Staat und Politik,
Internat. Politik

Klaus Grosch

Internat. Politik, Landeskunde, Sozialpolitik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Prof. Dr. Peter **Hampe**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Jürgen **Maruhn**, Dipl. Volkswirt

Wirtschaftsordnung, Extremismus,
Sicherheitspolitik

Dr. Michael **Piazolo**, Dozent

Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**

Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:

Elke **Leisching**

Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82323 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich **Oberreuter**

(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin **Sittkus**

Druck:

Offsetdruck **Schwarz GmbH**

Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

EU-Erweiterung:

Polen auf dem Weg nach Europa

Experten sehen mehr Chancen als Risiken in der Union

Befürchtungen und Hoffnungen, Vor- und Nachteile des polnischen EU-Beitritts diskutierten deutsche und polnische Experten auf einer Tagung gemeinsam mit der Europäischen Akademie Bayern.

Die Europa-Begeisterung der Polen hat in den vergangenen Jahren einen deutlichen Dämpfer bekommen: 1994 unterstützten noch 77 Prozent der Polen einen EU-Beitritt, während diese Zahl im März 2001 bei einer erneuten Befragung auf 55 Prozent gesunken ist.

Vorurteile und Befürchtungen

Die polnische Bevölkerung verbindet mit einem EU-Beitritt nicht nur Vorteile in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern hegt die gleichen Befürchtungen, die in allen übrigen EU-Mitgliedsstaaten



Rafal Wolski (links) und Jochen Kubosch: „Chance zur Einheit Europas“
Fotos: Scheffler

Rafal Wolski vom polnischen Generalkonsulat in München erklärte diesen Einbruch dadurch, dass wegen des langsamens Verfahrens viele Polen den Eindruck hätten, die EU würde den Beitritt unnötig verzögern. Die Zahl der EU-Gegner und Kritiker ist von 6 Prozent im Jahre 1994 auf 30 Prozent im Jahre 2001 beträchtlich angestiegen. Trotz dieser Entwicklung hätten die Parteien, die im letzten Wahlkampf dem EU-Beitritt kritisch gegenüber standen, tatsächlich nur 2 Prozent der Stimmen gewinnen können.

„Massenexodus aus dem Osten in den Westen wird ausbleiben“

Jan Wiktor Tkaczynski

bosch, zu einer genauen Aufklärung darüber, was der EU-Beitritt im Einzelnen bedeutet. Schließlich ist es vor allem die Bevölkerung, welche zu

einem gewissen Grad die Auswirkungen der Erweiterungskriterien zu tragen hat.

Probleme der Landwirtschaft

Ein kontroverser Punkt ist die polnische Landwirtschaft. Auf deutscher Seite wird befürchtet, dass die polnische Agrarwirtschaft einer Integration nicht standhält. Bezuglich des gängigen Vorurteils, Polen habe in der Landwirtschaft Modernisierungsprobleme, sei die Darstellung des Standards der polnischen Landwirtschaft in den deutschen Medien nicht von Vorteil.



Peter Wackerl: „Europa wird durch den Beitritt Polens gestärkt“

Peter Wackerl vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium war der Auffassung, der EU-Beitritt Polens werde Europa weiter stärken und wirtschaftlich beleben. Er sah Europa durch den Einbezug der polnischen Landwirtschaft nicht belastet, sondern erkannte darin eine „Chance zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung“. Die Umgestaltung der Landwirtschaft und der ländlichen Regionen werde durch die Integration gefördert. Außerdem

beansprucht Polen keine Übergangszeiten zur Durchsetzung von EU-Normen in der Landwirtschaft mit Ausnahme der Milchproduktion.

Billiglöhne und Migration

Jan Wiktor Tkaczynski von der Bundeswehr-Universität München versuchte die große Sorge über die (Arbeitnehmer-) Freizügigkeit innerhalb der EU und der damit verbundenen Befürchtung einer möglichen „Überschwemmung“ des deutschen Arbeitsmarktes mit billigen Arbeitskräften zu zerstreuen. Er war der Auffassung, dass ein „Massenexodus aus dem Osten in den Westen ausbleiben wird“. Zum einen finde innerhalb Polens keine wesentliche Migration statt, obwohl manche Wojewodschaften stärker von dem Problem der Arbeitslosigkeit betroffen sind als andere. Dies lässt nach Tkaczynski darauf schließen, dass eine geringe Anzahl von Polen bereit wäre, zur Arbeitsaufnahme ins Ausland zu gehen. Zum anderen bestünde bereits seit dem 9. April 1991 Visafreiheit für polnische Arbeitnehmer in Deutschland, die ebenfalls zu keinem wesentlichen Zustrom von Billiglohnarbeitern geführt hat. Des Weiteren argumentierte Tkaczynski, dass die demographischen Prognosen für die Bundesrepublik einen starken Bevölkerungsrückgang prophezeien. Danach wird es in 80 Jahren nur noch rund 60 Millionen Bundesbürger geben. Es würden also zusätzliche Arbeitnehmer gebraucht. Seit der Green-card-Einführung sind insgesamt 5 263 Arbeitssuchende nach Deutschland gekommen, davon 127 aus Polen. Tkaczynski: „Wir brauchen keine Angst zu haben, dass wir in Deutschland irgendwann von billigen oder hochqualifizierten Arbeitskräften überschwemmt werden.“

Strukturwandel und Verwaltungsreform

Ingrid Jordan, ehemalige DIHT-Beauftragte bei der deutsch-polnischen Industrie- und Handelskammer Berlin, fordert einen schnellstmöglichen EU-Beitritt Polens: „Er darf nicht auf die lange Bank geschoben werden“. Sie

Referenten:

Dr. Gerhard DOLIESEN, Ost-Akademie, Lüneburg
Leon DYCZEWSKI, Universitätsprofessor, Katholische Universität Lublin
Eva FELDMANN, Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), München
Ingrid JORDAN, ehemalige DIHT-Beauftragte bei der deutsch-polnischen IHK, Berlin
Jochen KUBOSCH, Leiter der Vertretung der EU-Kommission, München
Dr. habil. Jan Wiktor TKACZYNSKI, Universität der Bundeswehr, München
Peter WACKERL, Ltd. Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten, München
Rafal WOLSKI, Konsul, Leiter der Wirtschafts- und Handelsabteilung im Generalkonsulat der Republik Polen in München

Tagungsleitung:

Michael JÖRGER, Leiter der Europäischen Akademie Bayern
Dr. Michael PIAZOLO, Akademie für Politische Bildung, Tutzing

unterstrich die eindeutigen Standortvorteile, die Polen der EU zu bieten habe. Hierzu zählen die stabile innen- und außenpolitische Lage (NATO-Mitgliedschaft), das kontinuierliche



Ingrid Jordan: „Nicht auf die lange Bank schieben“

Wirtschaftswachstum innerhalb der letzten fünf Jahre sowie die „gute Ausgangsposition zur Erschließung der Märkte in Osteuropa“. Der wirtschaftliche Aufschwung Polens sei einem tiefgreifenden Strukturwandel im politischen, gesellschaftlichen und natürlich wirtschaftlichen Bereich zu verdanken. „Polen hat sich zu einem ernsthaften Bewerber um eine Mitgliedschaft in der EU gemacht.“

Seit dem Assoziierungsabkommen mit Polen habe das Land bereits 86 EU-Handelsabkommen unterzeichnet. Wolskis Fazit: „Wirtschaftlich sind wir fast im Binnenmarkt drin.“ Auch die übrigen Beitrittskriterien sind durch die umfangreiche Anpassung des Rechtssystems und der Reformen in der Verwaltung beinahe erfüllt, so dass Polen sich bis Ende 2002 zu einem EU-Beitritt bereit erklärt. 1999 fand in Polen eine Verwaltungsreform statt, im Zuge derer eine Neuaufteilung der Wojewodschaften (ähnlich den deutschen Bundesländern) erfolgte. Diese Maßnahme erleichterte die Durchsetzung von EU-Richtlinien.

Kubosch sah im EU-Beitritt Polens eine „Chance zur Einheit Europas“: „Es liegt nicht in Osteuropa, sondern geographisch in Mitteleuropa“. Polen gehöre zum mitteleuropäischen Kulturräum. Nicht zu vergessen sei die wichtige geopolitische Lage des Landes zwischen Deutschland und Russland. Laut Konsul Wolski solle die große Bedeutung, die Polen wegen seiner Fläche und der knapp 40 Millionen Einwohner habe, für die EU in Betracht gezogen werden. Kubosch betonte, die Chancen eines EU-Beitritts Polens würden die Risiken überwiegen. ■

Katharina Scheffler

Innenansichten einer besonderen Beziehung

Bei nahezu jedem politischen Skandal werden sehr oft voreilig Moraldefizite in der Politik beklagt. Dabei herrscht über die Rolle der Moral in der Politik, ihrer Begründung und ihrer Reichweite weitgehend Unsicherheit vor. Zudem wird das Moralargument bisweilen auch instrumentalisiert, indem der Vorwurf, unmoralisch zu handeln, gegen den politischen Gegner gewendet wird. Die Akademie nahm die vorherrschenden Unsicherheiten im Urteil und die um sich greifende Resignation als eine der Quellen für Politikverdrossenheit zum Anlass, eine Tagung zu diesem Thema in Zusammenarbeit mit der Universität der Bundeswehr zu veranstalten.

In der Diskussionsrunde, bei der die „Praktiker“ zu Wort kamen, standen Überlegungen zu einer Berufsethik für Politiker sowie die Frage, ob Politiker mit strengeren Maßstäben gemessen würden, im Mittelpunkt. Dabei warf der Diskussionsleiter, Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, u. a. die grundsätzliche Frage auf, ob man mit der Macht überhaupt moralisch umgehen könne?

Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit

Der SPD-Vordenker und ehemalige Bundesminister Erhard Eppler sprach sich gegen die „illegitime Privatisierung der politischen Moral“, geschehen z. B. durch das Ehrenwort von Helmut Kohl, aus. Als größte Quelle der Unmoral identifizierte er die „Moralisierung der politischen Debatte“. Bei einer Rentendebatte gehe es nicht „um Gut und Böse, sondern um Richtig und Falsch.“ „Politik“, so Eppler, „ist für die Wahrheit nicht zuständig, sie ist aber der Wahrhaftigkeit verpflichtet.“ Er sprach sich entschieden gegen die Feindbildkonstruktion aus: „In dem Augenblick, in dem ich meinen Gegner zum Feind mache, rechtfertige ich meine eigene Unmoral bzw. Ungesetzlichkeit.“ So suggeriere z. B. schon der Begriff „Schicksalswahl“ eine Freund-Feind-Entscheidungssituation, die in einem demokratischen Staat nicht gegeben sei. Schließlich müsse sich jeder Politiker fragen, ob er den Kampf um die Macht um der Macht willen oder um der Gestaltungsmöglichkeiten willen führe.



Alois Glück: „Entsprechungen nehmen inflationär zu, denen fehlt aber sehr oft das Schuldbewußtsein“



Erhard Eppler: „Politik ist für die Wahrheit nicht zuständig, sie ist aber zur Wahrhaftigkeit verpflichtet“

Fotos: Hoffmann

Für den CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, Alois Glück, muss sich Politik um „Kompetenz und Kompass“ gleichermaßen bemühen. Dabei ist nun mal eine entscheidende Frage, nach welchen Maßstäben man Politik betreiben wolle. Der Hauptgrund von Machtmissbrauch liegt seiner Ansicht nach darin, dass die Grenienkultur nicht stimme. So komme es schon in kleinen Vereinen vor, dass finanzielle Ungenauigkeiten als Bagatelle abgetan würden. Dabei werden „Verfahren und Rahmenbedingungen, über die man sich noch verständigen kann“, in einer Welt, deren Wertvorstellungen immer pluraler werden, immer wichtiger: „Der Sitz der Moral ist heute in hohem Maße in den Rahmenbedingungen.“ „Entschuldigungen“, so Glück, „nehmen inflationär zu, denen fehlt aber sehr oft das Schuldbewusstsein.“

Verfall der Moral

Für Jürgen Böddrich, den ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten, ist eine am Gemeinwohl orientierte Moral für den demokratischen Staat unerlässlich. Er diagnostizierte einen gewissen Verfall der Moral allgemein sowie der politischen Moral im Besonderen. Der Materialismus, der immer mehr um sich greife, resultiere aus dem Fehlen von Utopien und großen Ideen. Die von Böddrich formulierten Regeln (siehe Kasten) kommentierte Erhard Eppler dahin gehend, sie seien fast zu schön, um mit der Wirklichkeit konfrontiert zu werden. Dennoch waren sich alle Diskutanten einig, dass diese Grundsätze in keiner Berufsbeschreibung fehlen sollten.

Als „Kampfgeist, Schubkraft oder die energetische Seite einer Gesellschaft“ beschrieb Josef Schmid (Universität Bamberg) die Funktion von Moral. Im Gegensatz zur Ethik, die als „säkularisierte Religion ein strenges Lehrgebäude“ errichte, äußere sich Moral in der Praxis des täglichen Lebens. Dabei komme es, so Schmid, wie so oft



Jürgen Böddrich: *Uns fehlen die Utopien*

auf die richtige Dosierung von Moral in einer Gesellschaft an. Zweifellos benötigen demokratische Systeme auch eine eigene, demokratische Moral. Damit sind beispielsweise Grundsätze des Handelns gewählter Repräsentanten gemeint. Dennoch sollte das Volk immer bedenken, dass moralische Verfehlungen nicht die Regel, sondern die Ausnahme seien. Weiterhin gab Schmid zu bedenken: „Wer handelt, macht vielleicht einen Fehler, wer nicht handelt, macht viele Fehler.“ Nachdrücklich warnte auch er vor der Instrumentalisierung der Moral zur Bekämpfung des politischen Gegners. Freund-Feind-Konstellationen seien für eine demokratische Kultur wenig hilfreich, der entstehende Schaden dagegen immens. In diesem Sinne ist Wachsamkeit gefordert, denn „die Ge hässigkeit der Wör ter“ ist stets zu fürchten.

Auf die Frage, ob es eine eigene Ethik des Staates geben würde, gab Heinrich Scholler (Universität München) eine positive Antwort. Es gibt eine öffentliche politische Ethik und eine private Ethik. Auch gebe es global gesehen mehrere Ethiken. Die Ethik der Bergpredigt stehe beispielsweise neben dem Gewaltlosigkeitspostulat eines Ghandi oder der chinesischen WuWei-Lehre, die das Nichtstun, das Geschehen lassen, proklamiere. Dennoch sah Scholler Entwicklungen hin zu einer

Die „12 Gebote“ politischen Handelns

von Jürgen Böddrich

1. Kein Versprechen geben, das man nicht halten kann!
2. Keinem Zwang gegen das eigene Gewissen Folge leisten!
3. Glaubwürdig sein!
4. Keine persönliche Diffamierung Andersdenkender!
5. Achtung vor dem politischen Gegner!
6. Toleranz gegen Andersdenkende und -gläubige!
7. Keine Vorteilsnahme im Amt!
8. Verfassungs- und Gesetzestreue!
9. Mut zu unpopulären Meinungen und Handlungen!
10. Die Verantwortung für Wort und Tat übernehmen!
11. Das öffentliche Amt und Mandat als Aufgabe auf Zeit ansehen!
12. Dialogfähig sein, lernfähig bleiben und selbstkritisch denken!

gemeinsamen Ethik der verschiedenen Kulturkreise. Als Beispiele hierfür führte er die Aufwertung der sozialen Stellung der Frau oder humanitäre Interventionen in Krisen- und Kriegsgebieten an.

In seinem Beitrag über „Politische Moral im Totalitarismus“ ging Friedrich Pohlmann (Universität Freiburg) auf die grundsätzliche Unterscheidung

„Bei der Rentendebatte geht es nicht um Gut und Böse, sondern um Richtig und Falsch“ Erhard Eppler

zwischen einem universalen Ansatz und einem partikularen Ansatz von Moral ein. Während ersterer – ausgehend von einem positiven Menschenbild – universelle Moralvorstellungen hege und teilweise in „eiferndes Gutmenschentum“ abdriffe, basiere zweiter auf einem negativen Menschenbild und versuche, besonders die Unterschiede zwischen der „Eigengruppenmoral“ einerseits und der „Fremd-

gruppenmoral“ andererseits zu betonen. Wie das Beispiel totalitärer Systeme zeige, werde dabei die Grenze zur Freund-Feind-Konstruktion sehr schnell überschritten. Auf der Grundlage dieser Überlegungen ist es nicht weiter erstaunlich, dass der politische Gewalttäter, der die Macht hat, seine Moralvorstellungen als die allgemein gültigen durchzusetzen, dies auch noch mit einem guten Gewissen tue. Je stärker sich Terrorismus und Willkür ausbreiten, desto geringer wird der Anteil der geltenden Normen.

Ein anschauliches Beispiel für Wandel von Moral präsentierte Klaus Wiegler (Universität Stuttgart). War beispielsweise in der Antike die private Lebenswelt dem öffentlichen Zugriff völlig entzogen, so erfolgt in unseren Tagen zunehmend eine Vermischung der Lebenswelten. Die „Entprivatisierung“, wie man sie z. B. bei „Big Brother“ finde, ist zugleich Ergebnis und Akzelerator von Moral-Wandel. ■

Manfred Schwarzmeier

Demokratien brauchen Werte

Politische Philosophie und Ethik in der politischen Bildung

Der folgende Text ist die thesenhafte Kurzfassung eines Vortrags, den Akademiedozent Dr. Horst Denzer vor dem Beirat der Akademie gehalten hat.

- **Werhaftigkeit der Wirklichkeit**

Auf die klassische Tradition von Politischer Philosophie und Ethik wird nur insoweit zurückgegriffen, als wissenschaftsgeschichtlich Politik und Ethik zum Lehrkanon der Artistenfakultät gehörten, also zur Allgemeinbildung aller Hochschüler. Moderne Moralphilosophie knüpft anders als die Diskursethik oder der Utilitarismus daran an, indem sie die Werhaftigkeit der Wirklichkeit ins Zentrum stellt. Das kann die Leitlinie auch für die heutige politische Bildung sein.

- **Immanente Werte**

Es wird ein Aspekt der Wertedebatte aufgegriffen: nicht der Wertewandel, nicht vordergründig die Setzung und die Notwendigkeit von Werten als Leitbild für die politische Wirklichkeit. Vielmehr geht es um die der politischen Wirklichkeit immanenten Werte, darum, sie bewusst zu machen, und zu zeigen, dass ohne einen Kanon verbindlicher Werte eine demokratische Ordnung nicht funktionieren kann. Dies wird an folgenden Beispielen verdeutlicht.

- **Wahlen und Plebiszite**

Wenn man die impliziten Wertentscheidungen im Instrument „Wahl“ in der Demokratie nicht bewusst macht, kann man Vorteil (und Begrenztheit) des Willensbildungselements „Wahl“ gegenüber den Alternativen direkter Demokratie nicht schätzen.

- **Nicht bloße Profitorientierung**

Das Beispiel Daimler-Chrysler zeigt: Unternehmenszusammenschlüsse in der Wirtschaft im Zuge der Globalisierung bringen nur dann Synergieeffekte, wenn sie nicht bloß profitorientiert sind, bloß marktwirtschaftlich funktionieren wollen, sondern auch auf die Wertvorstellungen von Mitarbeitern und Kunden Rücksicht nehmen.

- **Zufriedenheit nicht allein durch Wohlstand**

Das Beispiel der ehemaligen DDR bzw. der neuen Bundesländer zeigt: Bei der Installierung einer Demokratie wird die Zufriedenheit mit dem politischen System nicht allein durch Fortschritt, Wohlstand und demokra-

tische Institutionen erzielt, sondern auch durch die Akzeptanz und positive Wertung des zugrundeliegenden Wertesystems.

- **Umorientierung mit vollziehen**

Das Beispiel Neuseeland zeigt: Der Umbau einer Demokratie in ein rein marktwirtschaftliches System bringt nur dann die erwartete gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik, wenn die Umorientierung der Werte von der Mehrheit mitvollzogen wird.

- **Schutz der Werte**

Fazit unserer Beispiele: Auch und gerade Demokratien brauchen zu ihrem Funktionieren einen Mindestkanon verbindlicher Werte, das Bewusstsein von der Wichtigkeit dieser Werte und den Schutz der Werte durch die staatliche Ordnung. ■



Zeichnung: Tomaschoff

Das braune und rote Gesicht der Diktatur

Nationalsozialismus und SED-Staat im Vergleich

An großflächigen Diktaturvergleichen bestand bisher kein Mangel. Deshalb sind aber die wissenschaftlichen Kontroversen nicht geringer geworden. Erst der vergleichende Blick auf die Mikroebene lässt einen differenzierteren Blick zu. Gerade durch die vergleichende Untersuchung von ausgewählten Strukturen, Prozessen und Wirkmechanismen beider ihrer Intention nach totalitären Diktaturen der deutschen Geschichte lässt sich deren Wesen präziser erkennen. Die Tagung diente dazu, den derzeitigen Stand der komparativen Erforschung der beiden Diktaturen zu dokumentieren.

„Vergleichen heißt nicht gleichsetzen“, konstatierte der Leipziger Professor und Leiter einer Forschungssgruppe zum Thema, Günther Heydemann (Leipzig), zu Beginn seines Vortrags. Besonders der Vergleich zwischen NS- und SED-Diktatur sei in der Öffentlichkeit und der Wissenschaft gleichermaßen umstritten. Natürlich, so Heydemann, sei die kriminelle Energie des NS-Staates unvergleichlich höher einzustufen, sind Genozid und die Entfachung des Weltkrieges singuläre Erscheinungen, dennoch ließen sich auf der Grundlage von Ideologie und Herrschaftspraxis beide Systeme zweifelsfrei als Diktaturen klassifizieren. Die Exzesse des Nationalsozialismus dürften die Wissenschaft nicht daran hindern, Vergleiche anzustellen. Aus Erkenntnisgründen ist der Diktaturvergleich so legitim wie der System- oder der intrasystemare Vergleich. Während der Makrovergleich Besonderheiten ausspart, zielt der Mikrovergleich auf die Herausarbeitung besonderer Aspekte. Er ist damit wesentlich begrenzter und produziert ein Höchstmaß an konkreter Vergleichbarkeit. Beide Ebenen schließen sich keinesfalls aus, sondern bedingen und ergänzen sich.

„Entbürgerliche Gesellschaft“

Dem Thema „Bürgertum, Bürgerlichkeit und Entbürgerlichung“ in Magdeburg und Halle zwischen 1930 und 1960 widmete sich Thomas Großbölling (Münster). Seiner Analyse zufolge gab es hierbei zwischen den beiden Diktaturen grundlegende Unterschiede: Während der Nationalsozia-

lismus im Bürgertum Akzeptanz und Unterstützung fand, wurde das SED-Regime als etwas Aufgesetztes angesehen. Folge war, dass die SED das Bürgertum massiv bekämpfte und in der DDR später eine weitgehend „entbürgerliche Gesellschaft“ entstand.



Prof. Günther Heydemann (links) und Oliver Werner: Diktaturvergleich ist legitim

Darauf, dass in der Mehrzahl der Lebensbereiche auch in Diktaturen Herrscher und Beherrschte aufeinander angewiesen bleiben, verwies Thomas Schaaerschmidt (Leipzig). In seiner Betrachtung der Entwicklung regional-kultureller Vereinigungen unter den Bedingungen der Diktatur in Sachsen fand sich ebenfalls ein fundamentaler Unterschied: Während die Nationalsozialisten – auf der Basis gemeinsamer Leitbilder – den Kulturverbänden weitreichenden Handlungsspielraum gewährten und sich damit deren Loyalität sicherten, zerstörten die Kommunisten ab 1949 die vorhandenen Strukturen systematisch und gliederten die Kulturverbände vollständig in die Massenorganisationen ein. Dies ist dadurch zu erklären, dass die Ziele der Mitglieder und Funktionäre der Ver-

bände (konservatives Bürgertum) mit denen der SED nicht in Einklang standen und auch nicht zu bringen waren.

Einen ähnlichen Befund unterschiedlicher Penetration in beiden Diktaturen stellte Oliver Werner (Leipzig) vor, der sich intensiv mit einem Leipziger Maschinenbaubetrieb beschäftigt hat. Auch dort hatten die Nationalsozialisten der Betriebsführung weiter reichende Autonomie gewährt als die SED einige Jahre später. Stand bei ersten die reibungslose Integration des Betriebes in die Kriegswirtschaft im Vordergrund, so strebte die SED danach, die Betriebsführung auch personal zu durchdringen. So wurde Ende der 50er Jahre der neuen Betriebsleitung bescheinigt, „politisch und fachlich kompetent“ zu sein, „um den Betrieb sozialistisch zu führen.“

Auch im Hochschulbereich, den Michael Parak (Leipzig) untersuchte, gelang es den Nationalsozialisten nicht, die Landeshochschulverwaltungen vollständig zu zentralisieren. Vielmehr gab es erhebliche Effizienzprobleme durch zerfaserte Entscheidungsstrukturen. Dem gegenüber kam es 1951 zur vollständigen Zentralisierung der DDR-Hochschulverwaltung. Obwohl also beide Male der Anspruch durchaus vorhanden war, war die Herrschaftspraxis zwischen NS- und SED-Diktatur, was den Grad der Zielerreichung anbelangt, durchaus unterschiedlich.

Hermann Wentker (Berlin) arbeitete heraus, dass der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Diktaturen im Justizbereich war, dass die Nationalsozialisten die vorhandenen Apparate „parasitär vernetzten“ (Hans Mommsen), während die SED die Apparate völlig umstrukturierte und auch die Personalpolitik völlig in den Dienst der Ideologie stellte. Wegen akuten Personalmangels wurde schließlich die Ausbildung von sogenannten Volksrichtern eingeführt. Diese wurden regelmäßig auf (ideologisch beeinflussten) „Fortbildungen“ weitergebildet.

Dem besonderen Aspekt der Denunziation widmeten sich Christoph Thonfeld (Bremen) und Olaf Stieglitz (Bremen). Sie betonten dabei, dass Denunziation ein Phänomen sei, das nicht bestimmten historischen Epochen, Gesellschaften oder Systemen zuzuordnen ist. Außerdem ist Denunziation nicht nur freiwillige Zuträgerschaft aus der Bevölkerung mit welchen Motiven auch immer, sondern wird umgekehrt auch immer zur Herrschaftsstabilisierung genutzt. Dass dabei Denunziation aber auch zum Problem für die



Hermann Wentker: Besondere Rolle der Justiz in beiden Diktaturen
Fotos: Hoffmann

Herrschenden werden kann, zeigt ein Diktum Hitlers aus dem Jahre 1934, als er von einem „Meer von Denunziationen“ sprach. In der Tat hatte sich im NS-Staat eine „Denunziationskultur ungeahnten Ausmaßes“ entwickelt. Dies führte nicht selten zur Überlastung der Anlaufstellen. In beiden Diktaturen waren vor allem Männer die Denunzianten. Vergleichend betrachtet war die Resonanz auf denunziatorische Informationen in der DDR geringer als im NS-Staat, der sich der Denunziationen gezielt als taktischer Helfsmittel bediente.

Für die untersuchten Bereiche wurde deutlich, dass der Grad an Penetration im SED-Regime doch um Einiges höher war als der im NS-Staat. Dies hing damit zusammen, dass für maßgebliche gesellschaftliche Gruppen 1933 der Nationalsozialismus erheblich besser in ihr Weltbild passte als der Kommunismus Ende der 40er Jahre. Sicherlich spielt in diesem Punkt aber auch der von Deutschland entfachte Weltkrieg und die Konzentration der nationalsozialistischen Kraftanstrengung darauf eine wichtige Rolle. ■

Manfred Schwarzmeier

Akademiegespräch im Landtag:

Organisierte Formlosigkeit

1968 – Hans Maiers Versuch einer Bilanz

Damals wie heute steht „1968“ als Chiffre für einen Bruch, für einen tiefen Einschnitt in der (west)deutschen Nachkriegsgeschichte. Nur zu oft verstellten in der Vergangenheit Verklärung und Verdammung die freie Sicht auf eine reflektierte, differenzierte Bewertung dieser Kernzeit deutscher Geschichte. Wie sehr diese Sichtweisen die Diskussionslandschaft immer noch dominieren, zeigt der heftige Streit um die 68er-Vergangenheit derzeitiger Spitzenpolitiker, die den „Marsch durch die Institutionen“ erfolgreich hinter sich gebracht haben. Anlass genug für die Akademie, Hans Maier, damals Professor für Politische Wissenschaft in München, im Rahmen der Akademiegespräche im Landtag eine Bilanz aus seiner Sicht ziehen zu lassen.

Auf die besondere Problematik, ja auf die schiere Unmöglichkeit, diesen „ambivalenten Gegenstand“ (Oberreuter) abschließend zu bilanzieren, wies Maier zu Beginn seines Vortrags hin. Auch er sei insofern „ein 68er“ gewesen, als er ein „Beteiligter und Mitspieler“ war. Deswegen müsse er sich – so Hans Maier – darauf beschränken, auf der Basis seiner subjektiven Erinnerungen einige Objektivierungen abzulichten.

Der wirkmächtige „Mythos von 1968“, der weite Strecken der Diskussion beherrschte und immer noch dominiert, begann sich Maier zufolge bereits mit der Erscheinung selbst zu bilden. Die „Außerparlamentarische

wurde so ihrer sinnstiftenden Beziehung zu den Institutionen entfremdet. Alle Welt sprach plötzlich in „Marx- und Engelszungen“, wie Wolf Biermann es auf den Punkt brachte.

An den Universitäten organisierte der „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ (SDS), der damals eine Art „Sprach- und Denkvorherrschaft“ übernahm, sit-ins, go-ins und teach-ins. Er machte einen regulären Vorlesungsbetrieb teilweise unmöglich.

Gegenpositionen

Von all diesen Ereignissen erfuhr die Öffentlichkeit so gut wie nichts. „Man hatte sich inzwischen fast daran gewöhnt, dass die Universität ein Raum war, wo das Recht nur mit Abstrichen galt.“ Für einige ältere Kollegen Maiers war diese „organisierte Formlosigkeit“ eine schwere physische und psychische Belastung. Vereinzelt kam es auch zu antisemitischen Ausfällen, so z. B. gegenüber Helmut Kuhn in München oder Ernst Fraenkel in Berlin. Das „Münchner Manifest“ und der „Bund Freiheit der Wissenschaft“, von Hans Maier 1970 initiiert, hatten zum einen das Ziel, wieder einen geregelten Veranstaltungsablauf zu gewährleisten, zum anderen, Gegenposition zu beziehen.

„Das Recht galt nur mit Abstrichen“

Opposition“ (APO) wurde stilisiert als der Versuch, Freiraum für neue Wege der Diskussion zu schaffen. „Bewusstseinsänderung“ und „Partizipation“ waren Schlagworte der Zeit. Doch schon die Wortwahl verdeutlichte, dass die Orientierung am Konflikt die bis dato dominierende Ausrichtung am Konsens ablöste. „Demokratisierung“ wurde zum Kampfbegriff, die „Amtsinhaber“ wurden von den „Herrschenden“ verdrängt, die politische Sprache

▶

Als besonders problematisch stellte der ehemalige bayerische Kultusminister den Gewaltaspekt heraus. Zum Teil provoziert durch das harte Vorgehen der Polizei setzte nach dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 und dem Attentat auf Rudi Dutschke eine bundesweite Solidarisierung gegen das politische Establishment ein. Die Eskalation nahm ihren Lauf, eine Rationalisierung war von da an nicht mehr möglich. Gewalt wurde von den meisten 68ern als „strukturelle Gewalt“ (Galtung) definiert. Dieser sehr ausgedehnte Gewaltbegriff

machte ihrer Argumentation zufolge Gegengewalt an vielen Stellen nötig. Allerdings gab es in dieser Phase auch einige Beispiele für die Distanzierung



Hans Maier: Tiefergehende Verschiebungen in der politischen Tektonik

Foto: Schröder

Das, was ein wenig dramatisierend als „Studentenrevolte“ bezeichnet wird, war „ein äußeres Zeichen für tiefergehende Verschiebungen in der poli-

tig positiv beeinflussten: Hans Maier persönlich erlebte neben vielem Enttäuschendem Solidarität sowie Mut und Bereitschaft zum Widerstand. Für das politische Establishment war es hingegen sehr heilsam, „Verfassungsstaat und Demokratie mit mehr Fantasie, mit intelligenteren Methoden verteidigen zu müssen als mit dem Traditionssargument.“ Die „Wertschätzung des Konflikts“ ist damit auf der Positiv-Seite zu verbuchen.

Auch wenn in der Bewertung Maiers „1968“ kein Jahrhundertereignis war, so hat sich doch eines grundlegend geändert: „Vor 1968 war Veränderung begründungspflichtig, nach 1968 das Festhalten am Althergebrachten.“ ■

Manfred Schwarzmeier

(siehe auch Presseschau S. 22)

von der Gewaltanwendung. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an kritische Äußerungen z. B. von Jürgen Habermas; das Wort vom „linken Faschismus“ fing an zu kursieren.

Uniform oder Unform

Auffällig war Maier zufolge auch, dass die Aktivisten „ständische Korporationsüberlieferungen zur Abwehr rechtsstaatlicher Gesetzesgeltung in der Universität“ anstrebten. Ein Klima „explodierender Altertümlichkeiten“ (Thomas Mann) trat somit an die Seite weitreichender Partizipationsforderungen. Überhaupt drängte sich 1968 der Eindruck auf, in Deutschland gäbe es wieder mal nur die Wahl zwischen Extremen, zwischen „Uniform oder Unform“.

tischen Tektonik“ Mitte der 60er Jahre. Adenauer war abgetreten, eine Rezession scheuchte die Deutschen aus ihrer Selbstzufriedenheit auf und die NPD erzielte beunruhigende Erfolge. Die Große Koalition brachte die Notstandsgeetzgebung, bevor Brandt 1969 mit der ersten sozialliberalen Koalition die Adenauer-Ära endgültig abschloss. Eine Zeit der wirklichen und vermeintlichen Stabilität war einer Zeit der Instabilität gewichen.

Positive Komponenten

Bei all dem darf nach Maier natürlich nicht übersehen werden, dass es auch Komponenten gab, die damals hoffnungsvoll stimmten und die die Entwicklung der Bundesrepublik nachhal-

Hans Maier 70:

„Alemannisches Lamm mit Schlitzohren“

Gelehrter, Politiker und Musenmensch:
Die Akademie feiert ihren Kuratoriumsvorsitzenden



Viel Prominenz gratulierte zum runden Geburtstag. Von links: Erzbischof Friedrich Kardinal Wetter, Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, Maiers Ehefrau Adelheid, Hans Maier, Bischöfin Susanne Breit-Kefler, Staatssekretär Karl Freller, Staatsminister Hans-Joachim Meyer, CSU-Fraktionsvorsitzender Alois Glück. Dahinter Chefredakteur Michael Rutz (Rheinischer Merkur), Karl Böck und Akademiedirektor a.D. Manfred Hättich

Der Wissenschaftler: Universalgelehrter der alten Schule

Wenn das „wohltuend altmodische Wort ‚Universalgelehrter‘“ auf einen Wissenschaftler zuträfe, „dann doch wohl auf Hans Maier“, begann Horst Möller, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, seine Laudatio. Maiers Repertoire umfasse nicht nur geschichts- und politikwissenschaftliche, sondern auch literatur-, kultur-, kirchen- und musikwissenschaftliche Arbeiten unterschiedlichster Genres. Maier zufolge erschaffen sich die Themen ihre Disziplinen selbst. In diesem Sinne ist er die „Verkörperung der Einheit der Humanwissenschaften“. Unter den über 700 Werken seiner Bibliographie stehen neben so gewichtigen Abhandlungen wie seiner fünfmal aufgelegten und ins Englische und Französische übersetzten Dissertation pointierte Essays und Artikel. Sein Charakteristikum ist neben der unglaublichen Präzision seiner Arbeit die sehr fruchtbare Kombination verschiedener Methoden. Angesichts der Qualität und Quantität des Werkes von Hans Maier, so Horst Möller, sei dieser katholische Gelehrte der schlagende Gegenbeweis der Max Weberschen These von der protestantischen Arbeitsethik.



Horst Möller: „Hans Maier ist einer der sprachmächtigsten Gelehrten unserer Zeit“

Viel Prominenz aus Politik, Wissenschaft, Kirche, Medien und Kultur gratulierte dem ehemaligen bayerischen Kultusminister (1970 bis 1986) Hans Maier im Rahmen einer Feierstunde zu seinem 70. Geburtstag. Der Münchener Professor für Politische Wissenschaften ist der Akademie als Mitglied des Kuratoriums seit 1964 und als dessen Vorsitzender seit 1988 eng verbunden. Direktor Heinrich Oberreuter sprach ihm für seinen Einsatz herzlichen Dank aus. Maiers Reputation sei, so Oberreuter, „ein Fundament der Reputation der Akademie“.

Vordenker des Laienkatholizismus: Brückenbauer und Vermittler

Mit der Proklamierung der Anfang der 60er Jahre beileibe noch nicht bei allen selbstverständlichen Einsicht, dass die pluralistische Demokratie kein katholischer Staat sei, begann Hans Maiers Weg in die katholische Laienorganisation. Den Worten des Laudators Hans-Joachim Meyer, Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, zufolge, war Maier Brückenbauer und Vermittler, ohne aber seine Grundsätze aufzugeben. Horst Ehmke, so Meyer, beschrieb ihn einmal als „Alemannisches Lamm mit Schlitzohren“, Heinrich Oberreuter als „des Zornes durchaus mächtige Inkarnation der Friedfertigkeit“. Seine Fragestellungen sind von bleibender Aktualität und auch heute, so stellte Meyer fest, sei der ehemalige Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken „jemand, auf den immer noch gehört werde“.



Hans-Joachim Meyer:
Fragen von bleibender
Aktualität

Der Politiker: Kompetenz und Kompass

Lebenspraktische Orientierung und politischer Gestaltungswille – zwei wichtige Voraussetzungen neben anderen nannte Alois Glück, der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, als Gründe für den politischen Erfolg Hans Maiers als Kultusminister und überregional bedeutender Bildungspolitiker. Er erinnerte daran, dass es zu Beginn von Maiers Amtszeit 1970 nur wenig euphorische Prognosen über deren Länge gegeben hatte. „Er war ein weitgehend unbeschriebenes Blatt und Seiteneinstieger in die Politik waren bis dahin nicht sonderlich erfolgreich gewesen. Wir verstanden damals die Entscheidung der Führung nicht“. Die unbestrittene Fachkompetenz allein reichte sicher nicht aus. Aber eben die oben genannten Voraussetzungen, gepaart mit Erfahrung in der Verbandspolitik sowie die Ansicht, dass die Politik nicht etwas Mindereres sei, habe die negativen Prognosen widerlegt. „Hans Maier verbindet Kompetenz und Kompass.“ Er habe das nötige innere Koordinaten- und Wertesystem, das der Politik heute häufig fehle. Der reine Pragmatismus und die mediengerechte Inszenierung reichen nicht aus: „Zu Wissen und Erfahrung muss Wertorientierung hinzukommen.“

Dass er in sich ruhte und ruht, sei ein wesentlicher Teil seines Erfolgs. Dabei war er „offensiv in der Auseinandersetzung nach 1968 um die geistige Meinungsführerschaft und bei den Kämpfen um die Neuorientierung der Bildungs- und Kulturpolitik. Das machte er nicht aus der Defensive heraus!“ Er habe eigenständige Alternativen präsentiert (siehe dazu auch den Bericht über seinen Vortrag beim Akademiegespräch im Landtag über 1968 auf Seite 9).



Musikalisch umrahmt wurde die Feier vom Diogenes Quartett aus München

Hans Maier prägte einen ganz eigenen Debattenstil: „Er kombinierte umfassende Bildung mit einer geschliffenen Sprache und ließ manchmal Spott und Listigkeit durchblitzen.“ Er stellte Weichen in der Bildungspolitik Bayerns. Maiers Ziel sei gewesen, dass die Grundqualität des öffentlichen Schulwesens nicht schlechter als die des privaten werden dürfe. Unter heftigem Nicken des Jubilars sagte Glück: „Der finanzielle Hintergrund des Elternhauses darf nicht über die Bildungschancen eines Kindes entscheiden.“ Hans Maier habe in der bayerischen und deutschen Bildungspolitik Spuren hinterlassen über seine Amtszeit hinaus.

Maiers Dankrede: Kein animal politique



Alois Glück: Prägende Weichenstellungen in der bayerischen Schulpolitik durch Hans Maier

„Er war Bildungspolitiker in einer Zeit, als Bildung dafür noch kein Hindernis war“

Heinrich Oberreuter



Hans Maier: Abwesenheitspfleger der praktischen Philosophie

Fotos: Schröder

nehme er für sich in Anspruch, nach 1968 „den sprachlosen Unionsparteien“ ihre Sprache in der geistigen Auseinandersetzung wieder zurückgegeben zu haben.

Seine Initiation in die Politik verdanke er Freiburger Kirchenmännern während des Dritten Reiches und seinem Großvater: „Von dem habe ich die bäuerlich-lebenspraktische Orientierung und den Sinn für Gerechtigkeit und Gleichbehandlung.“ In seinem jugendlichen Umfeld sei immer kritisch über die Nazis geredet worden. So erkläre sich auch sein frühes Engagement im Laienkatholizismus bis hin zum Vorsitz des Zentralkomitees der deutschen Katholiken: „Der Klerus ist nicht allein die ganze Kirche!“ ■

schr

Neue Medien und Kino:

Nicht der 16-Millimeter-Vergangenheit nachtrauern

Die Digitaltechnik verändert Form und Inhalt des Films

Die zunehmende Digitalisierung unserer Welt wirkt sich auch auf das Kino und den Film aus. Neue Medientechnologien werden selbst zum Thema vieler Filme (wie z.B. *Wag the Dog*, der sich kritisch mit der Nachrichtenmanipulation auseinandersetzt). Die Machart vieler Filme verändert sich. Und die Digitalisierung wird die Abspieltechnik beherrschen und die Kinolandschaft umkrepeln. Themen gab es also genug für die Tagung „Welt am Netz - Einfluss der Neuen Medien auf die Welt des Kinos“. Sie wurde zusammen mit der LandesArbeitsGemeinschaft (LAG) für Jugendfilmarbeit und Medienerziehung Bayern e.V. organisiert.

Ungewöhnliche Töne waren im zum Filmstudio umfunktionsierten Seminarraum zu hören. Wo sonst Referenten am Podium sitzen, waren jetzt Computer, Daten-Beamer, Videokameras und -recorder sowie ein digitales Filmschnittpult mit dem aufregenden Namen „Casablanca“ aufgebaut. Die Tagungsteilnehmer durften ihrer Phantasie und Kreativität freien Lauf lassen. Unter Anleitung und mit Hilfe des Medienpädagogen Martin Noweck vom Medienzentrum München produzierten sie in knapp drei Stunden einen kleinen Trickfilm und einen Kurzfilm.

Der Workshop wurde ein praxisnahes und eindringliches Beispiel für die enormen Möglichkeiten, die digitale

Filmtechnik heute Pädagogen und Filmemachern bietet. Ganze Filme können im Computer hergestellt werden. Und bei der Nachbearbeitung des Rohmaterials bringt die neue Technik eine vielfältige Palette spannender Varianten der Manipulation. Der Film wird digital gespeichert und kann beliebig bearbeitet werden. Das mechanische

Schneiden und Kleben des Zelluloid-Streifens gehört der Vergangenheit an. Heute werden mit dem Klick der Computermaus die Bildfolgen geändert.

Wolfgang Balga von der Firma DigiSite betont: „Die digitale Technik bietet fast unbegrenzte Möglichkeiten der Filmkorrektur. Und es gibt keinen Qualitätsverlust während der einzelnen Bearbeitungsschritte.“ Auch für Lagerung, Verleih und Vertrieb von Filmen gibt es viele Vorteile: der Transport von ein paar CD-Roms oder DVDs ist wesentlich weniger aufwendig und teuer als der schwerer Filmrollen in Blechdosen.



Martin Noweck mit Teilnehmern beim elektronischen Filmschnitt Fotos: Graaf/Schröder

Es besteht die Gefahr, dass die technischen Möglichkeiten den Inhalt des Films in den Hintergrund drängen. Filme wie „The Matrix“, die fast komplett im Computer hergestellt sind, wurden von den Teilnehmern denn auch wegen des Überflusses an technischen Tricks kritisiert. Balga meinte, dass man die Technik nutzen solle, um Ideen und Kreativität umzusetzen: Technik sei Mittel zum Zweck und kein Zweck an sich.

Früher konnten Filme nur im Kino angeschaut werden: das Kino wurde so zu einem wichtigen Treffpunkt im sozialen Leben. Die Einführung des Fernsehens zu Beginn der 50er Jahre bot neue Unterhaltungsmöglichkeiten in der Intimität des eigenen Wohnzimmers. Die damals weit verbreitete Angst, dass das Fernsehen das Kino verdrängen würde, hat sich jedoch nicht bewahrheitet. Aber in vielen



Dreharbeiten im Akademiepark

Visionen über die Zukunft des Kinos

Von Moritz Hofstädter, Filmjournalist, Bayerischer Rundfunk

Eine Vision zu Beginn. In 20, 30 Jahren werden wir uns wehmütig an das gute alte satte 35mm-Kino erinnern. Gebrechliche Filmvorführer werden sich dann bei Veteranentreffen schulterklopfend mit Anekdoten über das „früher“ solidarisieren: „Weißt Du noch, wie das Kino voll war und die Menge tobte, als der Streifen kurz vor dem Finale riss?“ Sie werden behutsam brüchige Zelloidstreifen aus temperierten Sammelbüchsen holen und das Bildkorn unter der Lupe bewundern wie der Insektenforscher seine seltenen Exemplare. Sie werden schwärmen über die Duftigkeit der Farben, dieses Wunder eines chemischen Prozesses. Sie werden noch einmal den gebündelten Lichtstrahl im Vorführraum tanzen lassen und andächtig dem Rattern des Projektors lauschen.

In 20, 30 Jahren wird es keine Kinos mehr geben und keine auf der großen Leinwand aufregend überlebensgroß angehimmelten Filmstars mehr. So nah, so fern. Filmfestivals wie das von Cannes werden uns dann nur mehr so verschwommen in Erinnerung sein, wie wir heute an die großen Galapremieren der fünfziger und sechziger Jahre wehmütig zurückdenken. Die Treppe samt rotem Teppich, über die die Stars paradierten, ist dann längst Vergangenheit, nur mehr ein gelegentlich aufblitzendes Element in historischen Dokumentationen.

In 20, 30 Jahren wird es das Kino, wie wir es heute kennen, nicht mehr geben. Statt dessen viele Männer, ernsthafte, verrückte, selbstverliebte, geniale und besessene, die alle mit transistorradiokleinen Digitalkameras ihre eigenen Filme produzieren, im ganz normalen Heimcomputer aus dem Elektronikhandel um die Ecke bearbeiten, anschließend ins Netz stellen oder

ständig verfügbar per Miniscreen mit sich herumtragen. Es wird als zweite Gattung jene wattige Masse längst sezierter Geschöpfe geben, die mit und in dieser Flut von Bildern leben, die sich in ihr verlieren und Abend für Abend in ihren Wohnzimmern, die dann längst Vorführzimmer heißen, den billigen Digitalbeamern von Aldi anklicken, der ihnen die Welt an die Wand wirft, vielgestaltig, unerbittlich, scharf, von Tür zu Tür und hoch bis zur Decke.

Ist das die Zukunft? Wollen wir diese Zukunft? Welche Einflussmöglichkeiten haben wir? Können wir diese Zukunft noch selbst gestalten oder sind wir längst gar nicht mehr fassbaren und verstehbaren Kräften ausgeliefert, die mit uns als Usern sowieso machen was sie wollen? Haben wir noch eine Chance gegen jede unselige Melange aus technischem Fortschritt, wirtschaftlichen Interessen und Machtanhäufung?

Sie haben vor sich ein Podium der Dinosaurier: als Moderator einen Filmkritiker (braucht es den noch in 20 bis 30 Jahren?), zwei Kinobetreiber und einen Filmproduzenten. Lauter Vertreter einer aussterbenden Spezies. Vielleicht haben wir ja Glück nach der alten kommunikationswissenschaftlichen These, wonach ein neues Medium nie ein altes ablöst – und tatsächlich gibt es im Moment ja noch Zeitungen, das Radio und eben das Kino, trotz (nicht vergessen!) des Fernsehens; und das ist auch noch nicht von der Bildfläche verschwunden, trotz des Internets.



kleinen Kinos gingen die Lichter für immer aus. Und das Kinosterben geht unvermindert weiter. Es entstehen immer mehr Multiplex-Kinos. Kinozentren, in denen die kommerziellen Erfolge und Kassenknüller laufen. Nur am Rande gibt es noch Platz für das Programmkinos, wo für den Cineasten und Filmliebhaber Qualitätsfilme jenseits des Mainstream gezeigt werden.

Eine neue Bedrohung für das Kino könnten jetzt das Internet und die Digitaltechnik sein: sie macht das perfekte Heimkino mit Leinwand und Stereoton möglich. Das kostet im Moment noch mindestens fünf bis zehntausend Mark, aber die Preise beginnen zu sinken. Das Internet bietet neben der unbegrenzten globalen Kommunikation die Möglichkeit, sich Filme auf den eigenen Rechner zu laden und anzuschauen. Noch ist die Qualität wackelig, aber auch das wird sich schnell ändern.

Der Kommunikationswissenschaftler Prof. Jan Tonnemacher von der Katholischen Universität Eichstätt ging der Frage nach, inwieweit die neuen Kommunikationstechniken unsere Gesellschaft verändern. Er sieht in den Neuen Medien keine revolutionäre Veränderung, eher die Fortsetzung einer Entwicklung, die schon mit der



Holger Twele: „Manipulation ist nicht neu, wird aber einfacher“

ersten Fotokamera und dem ersten Radio angefangen hat. Nur das Internet sei wirklich neu, meinte der Filmpublicist Holger Twele. Die Veränderungen seien jedoch lediglich technischer Art, die Herausforderung liege

in der Art und Weise, wie wir damit umgehen. Die Manipulation der Realität werde durch digitale Technik immer einfacher, aber manipuliert wurde schon immer, meinte Twele. Er schilderte das berühmte Beispiel eines Fotos aus der Sowjetunion, auf dem der in Ungnade Gefallene Trotzki wegretuschiert wurde. Nur sein Schatten war übersehen und vergessen worden. So wurde die Manipulation später auch entdeckt.



Jan Tonnemacher: „Neue Techniken bringen keine Revolution“

Die Betreiber der Multiplex-Kinos haben wenig Angst vor der digitalen Heimkinokonkurrenz. „Das Kino ist und bleibt als Begegnungsort unschlagbar“, sagte Michael Bredthauer vom Cinemaxx in Würzburg. Auch das Herunterladen von Filmen aus dem Internet sieht er mehr als Bedrohung für den Videomarkt als für das Kino. Was Bredthauer viel mehr beschäftigt ist die Frage, wann er einen digitalen Projektor einsetzen kann. Die Kosten sind auch für den Großkino-Betreiber ein Problem: Er kostet etwa 250 000 Mark. So wird es sicher zehn Jahre dauern, bis die meisten Kinozentren mit Digitalprojektoren ausgestattet sind. Im digitalen Wettkampf um die Zuschauer haben seiner Meinung nach die kleinen Kinos geringe Überlebenschancen, weil sie sich den nötigen finanziellen Aufwand nicht leisten können.

Die Technik war aber nie das Wichtigste beim Programmkinos, meinte dagegen Michaela Wenzl vom privaten,

nichtkommerziellen Kinoverein Kino in Kochel (KiK): „Hier erwartet der Besucher keine Riesenleinwand und neueste Technik. Er will Atmosphäre und Qualitätsfilme“. Deswegen sieht

„Das Kino ist und bleibt als Begegnungsort unschlagbar“

Michael Bredthauer

Wenzl auch Chancen für die Zukunft. Geld könne man dabei allerdings nicht verdienen und das Programmkinos werde immer mehr abhängig sein von der Hilfe ehrenamtlicher Mitarbeiter. Die Digitalisierung werde das Interesse an Qualitätsfilmen aber nicht mindern. Durch die vereinfachten Distributionsmöglichkeiten gebe es sogar enorme internationale Chancen für diese Art von Filmen, sagte Verleiher und Produzent Molto Menz von Beaufilm in München.



Molto Menz: Internationale Chancen für Qualitätsfilme

Das Fazit der Tagung: die Nostalgiker sollten nicht der „guten alten 16-Millimeter-Vergangenheit“ nachtrauern, sondern in die Zukunft schauen und gerade den Kindern und Jugendlichen mit einer offensiven und praxisorientierten Medienerziehung den richtigen Umgang mit den neuen Medien nahe bringen. ■

Nancy de Graaf / Michael Schröder

LESERBRIEF

Akademie-Report 2/01

„Bayerns Jugendliche ticken anders“:

Beruflich sowohl mit „Geschichte“ als auch mit „Jugendlichen“ beschäftigt, sehe ich in der angeblich bayerischen Fremdenfeindlichkeit das „Saupreiß-Syndrom“, das sich trotz der Aufnahme und Integration von 3 Mio. Flüchtlingen in Bayern nach dem Krieg auf seltsame Weise erhalten hat. Vielleicht ist dies bei der Erhebung der Statistik in Bayern übersehen worden und führt nun zu einer Verfälschung der Ergebnisse.

Selbst zugewanderte „Preußen“ definieren schon nach kurzer Zeit den „Saupreiß“, ohne deshalb „echte“ Fremdenfeindlichkeit zu meinen. Ich kenne auch kein anderes deutsches Bundesland, das gegenüber anderen Einheimischen ein derartiges Vokabular oder derartige „Erkennungsmerkmale“ bereit hält. Es geht doch in diesem Zusammenhang weniger um die Ablehnung des „Fremden“, was übrigens in Bayern historisch und kulturell ebenso gar nicht praktiziert wurde, sondern um eine charakterliche Verurteilung. Ich sehe auch keine „vielleicht“ autoritären Strukturen in Familie, Kirche, Politik, Schule und Gesellschaft. Viel eher wittere ich bei einer solchen Aufzählung ein bisschen Ideologie.

Natürlich spielen in Bayern - anders als in den vielen Bundesländern - historische Einflüsse eine große Rolle. Bayern war nach dem Krieg komplett „amerikanisch“ und rückwärts betrachtet fast 1500 Jahre lang weitgehend ein fest umrissenes „Kemland“ - gerade deshalb ist es doch integrationsfähig.

Ich meine eher, dass zu der Verfälschung der Statistik die tief verwurzelte Abneigung vieler „Bayern“ gegen schnelles Reden (oft ist es nur „laut Denken“) bei „Zuagroasten“ geführt hat. Vielleicht gibt es bayerische Volkskundler, die schon ähnliche Erhebungen durchgeführt haben. So etwas ist doch ein wunderschönes Reizthema aus dem Bereich: Bayerische Exotik oder „weißblaues Schwanzende des bayerischen Löwen“ oder „Libertas Bavariae“.

Irmgard Vogel, Landshut

Technologische Visionen und Utopien

Kann die Medienpädagogik mit der technischen Entwicklung Schritt halten?

Die digitale Revolution verändert Medien, Politik und Gesellschaft. Das war die Ausgangsthese für die Tagung „Demokratie und Neue Medien“, die zusammen mit der Medienabteilung des Instituts für Schulpädagogik und Bildungsforschung (ISB) veranstaltet wurde. Veränderung – aber wie? Medienforscher und –pädagogen, Politikwissenschaftler und Praktiker aus Wirtschaft, Medien und Werbung diskutierten die Konsequenzen der technologischen Entwicklung für die praktische Bildungspolitik.

Manche Vertreter der Politik- und Medienwissenschaft kommen geradezu euphorisch ins Schwärmen, wenn es um die zukünftigen technischen Möglichkeiten und ihre Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft geht. Sie halten das Internet für ein egalitäres Medium, das allen einen gleichberechtigten Zugang zu einem Sender ermöglicht. Es handele sich um Technologien, die die Beteiligungsmöglichkeiten am politischen Prozess deutlich verbessern würden.

Der Mannheimer Politikwissenschaftler Thomas Zittel zeigte sich angesichts empirischer Befunde jedoch skeptisch, ob die hochfliegenden Visionen mancher Kollegen eine reale Basis haben. Zwar hat inzwischen rund ein Drittel der Bundestagsabgeordneten einen eigenen Internetauftritt. 182 sind über e-mail erreichbar, aber nur acht von 669 Abgeordneten bieten interaktive Diskussionsforen im Netz und 22 führen virtuelle Gästebücher. Zittels Forschungsergebnis: „Die Inhalte dieser Netzkommunikation werden nicht in den parlamentarischen Prozess eingebunden.“ Die Gründe:

- Fehlende Mitarbeiter, die die Netzkommunikation pflegen und verarbeiten
- Der fehlende Spielraum für individuelle Entfaltung unter der Fraktdisziplin
- Der Wunsch nach Machterhalt
- Das fehlende eigene Interesse der Abgeordneten an den Möglichkeiten neuer Kommunikationstechniken

- Und schließlich das geringe öffentliche Interesse, von dem kein Druck auf die Parlamentarier ausgeübt wird, ihre online-Aktivitäten zu steigern.

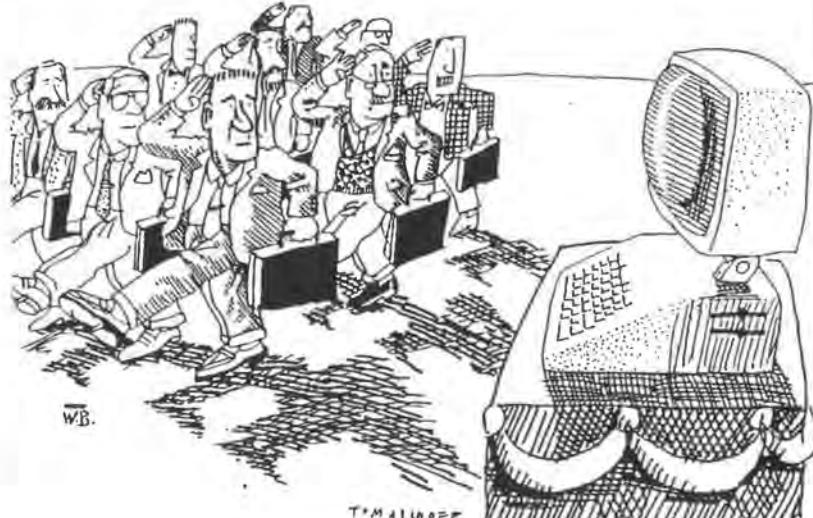
Web Campaigning in den USA

Ein ganz anderes Bild der politischen Praxis in den USA zeigte Peter Filzmaier, Politikwissenschaftler an der Universität Innsbruck. Er hat den amerikanischen Wahlkampf 2000 beob-

achtet und sich dabei für die neue Rolle des Internets in einer politischen Kampagne interessiert. Seit 1994 gibt es in den USA Internet-Wahlwerbung, 1998 kam der Durchbruch des *Web Campaigning*. Das Jahr 2000 war gekennzeichnet durch einen mehr flächendeckenden Einsatz neuer Technologien, einen dramatischen Anstieg

des Sammelns von Wahlkampfspenden über das Netz sowie der Wählermobilisierung – z.B. durch die erstmalige Anwendung von Video-E-Mails. Bei knappen Entscheidungen in Wahlkreisen gilt eine professionelle Internet-Kampagne mittlerweile als unverzichtbar. In der US-Teledemokratie werden E-Mail-Kampagnen wegen ihres Zeit- und Kostenvorteils als wichtige Ergänzung des Fernsehwahlkampfs gesehen.

Im Präsidentschaftswahlkampf 2000 wurden von den 144 Millionen Dollar, die bis zum 15. Februar gesammelt wurden, 7,45 Millionen (= 5,2%) online gespendet. Nach Schätzungen US-amerikanischer Politikberater wurden für alle Wahlen im Jahr 2000 rund 20 Prozent der Mittel online erworben. Der Kostenvorteil ist enorm: für jeden gesammelten Dollar fallen nur acht Cents für e-mail-Kampagnen an, bei



Zeichnung: Tomaschoff

achtet und sich dabei für die neue Rolle des Internets in einer politischen Kampagne interessiert. Seit 1994 gibt es in den USA Internet-Wahlwerbung, 1998 kam der Durchbruch des *Web Campaigning*. Das Jahr 2000 war gekennzeichnet durch einen mehr flächendeckenden Einsatz neuer Technologien, einen dramatischen Anstieg

traditioneller Post liegt die Quote zwischen 30 und 50 Cents.

Gleichzeitig leistet das Internet Funktionen der Meinungsforschung (Polling). Auch wenn sich das Problem der Repräsentativität wegen der immer noch untypischen Gruppe der online-Nutzer stellen könnte, so konnte doch das Meinungsforschungsinstitut Har-

ris Interactive auf der Basis von online-Umfragen am Wahltag in 71 von 73 untersuchten Wahlkämpfen für den Kongress das richtige Ergebnis verkünden. Und virtuelle Bürgerversammlungen werden als Chance gesehen, den negativen Entwicklungen der Politikverdrossenheit gegenzusteuern: „Auch in den USA ist bei großen Teilen der Bevölkerung Distanzierung vom politischen Prozess an die Stelle aktiver Staatsbürgerkultur und zivilgesellschaftlichem Engagement getreten. Auch dort ist wie hier die politische Malaise einer Tele- und Cyberdemokratie zu beobachten.“ *

Visionen

Einen visionären Sprung ins Jahr 2010 wagte Firmengründer und Start-up-Unternehmer Markus Geisler von der Internetfirma „feedback“ aus Regens-

burg: „70 Prozent der europäischen Bevölkerung sind online, UMTS ist in allen europäischen Ländern eingeführt, 80 Prozent der Bevölkerung haben ein Mobiltelefon und der öffentliche Internetzugang gehört zum Grundrecht.“

Geisler schilderte den Tagesablauf des 35-Jährigen Durchschnittsdeutschen Michael Müller, kaufmännischer Angestellter, verheiratet, zwei Kinder, wohnhaft im Großraum München: „Morgens macht er seinen Gesundheits-check durch biorhythmische Empfehlungen, die Kleider werden durch meteorologische Empfehlung bereit gestellt. Der Online-Toaster brennt den aktuellen Kurs seiner Lieblingsaktie aufs Brot. Individuell zugeschnittene und ausgewählte Nachrichten werden auf den Home-Monitor gesendet. Die Video-Konferenz mit der Firma für eine erste Tagesbesprechung

findet über das Sichtfenster der Mikrowelle statt. Das automatische Navigationssystem bringt das Auto zum Arbeitsplatz. Zuhause checkt und bestellt der Ökoküchenschrank den Inhalt. Nach einer weiteren Video-Konferenz kann unser Herr Müller sein Büro wieder verlassen: die weitere Projektbetreuung erledigt sein elektronisches Büro daheim. Inzwischen informiert die tragbare Informationseinheit am Handgelenk (eine Kombination aus Laptop und Handy) über den weiteren Terminplan des Tages. Das Handy erledigt den virtuellen Stadtbummel mit Einkauf, die Waren werden nach Hause geliefert. Nach der Schule widmen sich die Kinder daheim einem Onlinespiel, die Hausaufgaben-Kontrolle wird mit der E-Learning-Gruppe ebenfalls online erledigt.“

Über das Internet gesammelte Spendengelder für den Präsidentschaftswahlkampf 2000 in den USA

Angaben in Millionen US-Dollar

Quelle: <http://www.politicsonline.com/onlinefundraising/>

Kandidat D=Demokrat R= Republikaner	Online gesammelte Wahlkampfgelder	Gesamtsumme der Wahlkampfspenden bis zum 15.02.2000	Online-Spenden in Prozent der Gesamtsumme
Bill Bradley (D)	1.700.000	28.000.000	6,1
John McCain (R)	4.300.000	17.000.000	25,2
George W. Bush(R)	350.000	68.000.000	0,5
Al Gore (D)	1.100.000	31.000.000	3,2
Summe	7.450.000	144.000.000	5,2

* Den kompletten Aufsatz von Peter Filzmaier gibt es beim Autor per e-mail im pdf-Format: peter.filzmaier@uibk.ac.at

Spätestens jetzt fragten die Teilnehmer der Tagung nach den zwischenmenschlichen Kontakten und Gesprächen in dieser schönen (?) neuen online-Welt.

Doch Geisler ist kein Traumtänzer und blauäugiger Visionär. Auf die Frage nach der Zukunft der digitalen Revolution zeichnete er folgendes Bild: „Das Informations-Management wird individualisierter und intelligenter.“

- Verstärkte Selektion am Arbeitsmarkt durch immer höher werdendes Arbeitstempo

- Steigerung der Gefälle: West - Ost, Reich - Arm, Alt - Jung.

Aber Geisler wäre nicht Internet-Unternehmer, sähe er nicht mehr Chancen als Risiken:

- Wissensvermittlung über Grenzen hinweg

- Spielerischer Umgang hat positive Nebeneffekte:

Gesurft wird oft „Englisch“

Lernprogramme bei Kindern fast ebenso beliebt wie Computerspiele

Schaffung idealer Voraussetzungen für späteres Berufsleben.

Klar und deutlich formulierte er die Herausforderungen an Politik und Gesellschaft:

• Staatliche Stellen - speziell Pädagogen

- Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte an den Schulen
- Bessere Integration in die Ausbildung an Universität / Berufsschule
- Förderung sozial Schwacher (z.B. durch Internet-Bürgerbüros)

• Unternehmen

- Schaffung neuer Arbeitsplatzmodelle (z.B. flexiblere Arbeitszeiten)
- Staatliche Förderung von sozial engagierten Wirtschaftsunternehmen
- Förderung von Schulen und Kindergärten mit technischer Ausstattung

• Eltern

- Förderung des natürlichen Interesses der Kinder an Neuen Medien
- Aufgeschlossenheit und Lernbereitschaft
- Unterstützung durch Bereitstellen eines PCs. ■

Michael Schröder



Zeichnung: Liebermann

Die Anwendungen kommunizieren miteinander, die Reaktionszeit wird weiter optimiert. Der Informationszugang und die Verarbeitung finden in Zukunft ohne physikalische Bindung statt, d.h. mobile Netze benötigen keinen festen Arbeitsplatz mehr. Die Informationsverbreitung wird weiter automatisiert.“

Chancen und Risiken

Er sieht durchaus Risiken vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung:

- Persönliche Informationsüberflutung / Überforderung
- Fehlendes Engagement der staatlichen Bildungseinrichtungen
- Überalterung der Lehrkörper an Schulen und Universitäten
- Unkontrollierbarkeit des Internet (Gewalt, Extremismus, Pornographie)
- Verstärkte Wissensvermittlung
- Internet schafft neue Kommunikationswege im sozialen Leben: Internet-Nutzer sind aktiver im Freizeitleben
- Verringerung der sozialen Schere: Aus- und Weiterbildung für jeden möglich (zeit-, ortsunabhängig und kostengünstig)

Diskriminierung kostet Geld

Frauen in neuen Berufen auf halbem Weg

Unter den Referentinnen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft herrschte Einigkeit: Frauen sind im Berufsleben auf dem Vormarsch in Richtung Gleichstellung – und doch bleibt noch eine Menge zu tun.

Neben „progressiven Schlüsselmännern“ war im Bundeswehrbereich vor allem männlicher Bewerbermangel dafür verantwortlich, so Oberfeldarzt (w) Astrid Nicole Matschulat (Bonn) vom Verteidigungsministerium, dass es in der Vergangenheit immer wieder „Gleichstellungsschübe“ gegeben habe. Um Beispiele zu finden, muss man dabei nicht in die Zeit der Weltkriege zurück gehen. Schon ein Blick auf die Situation im Sanitätsbereich der Bundeswehr reicht hierfür aus: Mitte der siebziger Jahre sorgte ein erheblicher Mangel an männlichen Bewerbern dafür, dass auch Frauen in die Bundeswehr aufgenommen wurden. Ähnliche Beispiele lassen sich auch in der Wirtschaft finden. Frankreich, so die Journalistin Andrea Exler (Berlin), stehe hingegen für die erheblich stärkere Vertretung von Frauen in Führungspositionen. Aber auch dies ist nicht das Ergebnis einer anderen Mentalität, sondern Resultat des besonderen französischen Bildungssystems.

Traditionelle Rollenmuster

In Bereichen hingegen, in die nach wie vor genügend männliche Bewerber drängen, sind Frauen eklatant unterrepräsentiert. Ingrid Martin (Regensburg), Assistentin der Frauenbeauftragten der Universität Regensburg, zeigte am Beispiel von Wissenschaft und Lehre, dass zum einen der Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Führungspositionen extrem gering ist. So waren im Wintersemester 1999/2000 einerseits 51 Prozent aller Studienanfänger in Bayern Frauen, denen aber

nur 4,1 Prozent Professorinnen gegenüber standen. Dies habe sicherlich auch damit zu tun, dass hier männlich dominierte Auswahlzirkel eindeutig ihren eigenen Geschlechtsgenossen den Vorzug geben würden. Zum an-



Ruth Paulig: Je bedeutungsloser ein Parlament, desto höher der Frauenanteil
Foto: ms

deren fällt laut Martin auf, dass Frauen vor allem in „frauentyischen“ Studiengängen wie Grundschullehramt studieren. Hierfür haben wohl auch traditionelle Rollenmuster noch eine gewisse Bedeutung.

Denkt man ökonomisch, so argumentierte Birgit Schweikert (Berlin) vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, so koste Diskriminierung viel Geld. Die im Vergleich zu Männern größere Kreativität von Frauen sowie ihre sozialen Fähigkeiten sind für jedes Unternehmen ein wichtiger Pluspunkt. Sie begrüßte es ausdrücklich, dass der „gender mainstreaming“-Ansatz vermehrt berücksichtigt werde. Hierbei handelt es sich um die geschlechter- und le-

benssituationsspezifische Differenzierung von Maßnahmen. So sind z. B. bei Gesetzgebungsprojekten schon im Vorfeld gleichstellungsrelevante Auswirkungen zu berücksichtigen.

Karriereorientierte Netzwerke

Als Frau eine „Exotin“ unter Männern sei sie zu Beginn ihrer Karriere gewesen, so Elisabeth Domdey-Utpadel (München), IT-Spezialistin aus München. Neben einem hohen Maß an Kreativität und Flexibilität war es vor allem Know-how, das ihr half, in diesem männerdominierten Bereich zu bestehen. Einen Vorteil der Männer sah sie darin, sich schneller Netzwerke zu schaffen und diese karriereorientiert zu nutzen; Frauen sind dem gegenüber mehr „Einzelkämpferinnen“. Auf der anderen Seite würden sich Frauen emotional stärker an das jeweilige Unternehmen binden und seien generell sensibler, was Vor- und Nachteile mit sich bringe.

Doppelbelastung

Die Probleme beim Networking unterstrich die ehemalige Vorsitzende der GRÜNEN-Fraktion im Bayerischen Landtag, Ruth Paulig. Für Frauen ist die Netzwerk-Arbeit vor allem deswegen schwierig, weil sie eine enorme zusätzliche zeitliche Belastung darstellt, die angesichts der oftmals anzutreffenden Doppelbelastung nicht zu leisten ist. Einmal in höheren Positionen, sind auch bei den GRÜNEN Frauen von „männlichen Wohlwollensstrukturen“ abhängig. Insgesamt gesehen haben Frauen durchaus besondere Kompetenzen für Politik, doch muss ihnen von Beginn an klar sein, dass sie immer noch auf männlichen Widerstand stoßen. Der Zusammenhang, dass je bedeutungsloser ein Parlament, desto höher der Frauenanteil ist, stellt sich für diesen Bereich leider immer noch als charakteristisch heraus. ■

Manfred Schwarzmeier

Manfred Schwarzmeier

PARLAMENTARISCHE MITSTEUERUNG



STRUKTUREN UND PROZESSE INFORMALEN EINFLUSSES IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Westdeutscher Verlag

Manfred Schwarzmeier:

Parlamentarische Mitsteuerung

Strukturen und Prozesse informalen

Einflusses im Deutschen Bundestag

Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2001,

449 Seiten, DM 68,-

ISBN 3-531-13584-8

Beruhend auf der Funktionslogik des parlamentarischen Regierungssystems spielt die Bundestagsmehrheit, die im Regel-fall die Regierung stützt, bei der parlamentarischen Mitsteuerung und Beeinflussung des Regierungshandelns die zentrale Rolle. Sie tut dies - im Gegensatz zur parlamentarischen Opposition - in erster Linie dadurch, dass sie mittels eines komplexen informalen Instrumentariums sowie informaler Prozessabläufe auf gouvernementales Handeln - initierend, vor allem aber korrigierend - mitsteuernd einwirkt. Dadurch können Defizite des Regierungshandelns zum Teil kompensiert werden. Die zentrale Leistung der Studie besteht darin, diese informalen Mitsteuerungsprozesse und -strukturen in ihrem Ausmaß, ihrer Qualität, ihrem Entstehungszusammenhang, ihrer Wirkungsweise und ihren Folgen aufzuspüren, systematisch zu erfassen und anhand eines speziell entwickelten, interdisziplinär angelegten Forschungsansatzes zu erklären. Dieser umfasst sowohl parlamentarismus-, rollentheoretische wie auch organisationssoziologische Komponenten. Die Auswertung vielfältiger dokumentarischer Quellen, 30 Intensivinterviews mit parlamentarischen Handlungsträgern sowie Fallstudien zeichnen ein detailliertes Bild der informalen Strukturen und Prozesse im Bundestag und geben profunde Einblicke in die Kultur dieser zentralen politischen Institution.

medien & Zeit (Hg.)
Nr. 1/2001 Jg. 16
ISSN 0259-7446, ÖS 60,-

Inhalt:

Rückblick auf den Ausblick auf den Fortschritt <i>Das Millennium als Medienthema und als Tagungsthema</i> <i>(Markus Behmer)</i>	S. 4
Die Macht der Zahlen und die Ohnmacht der Vernunft <i>(Wolfgang Eichhorn)</i>	S. 10
Perspektiven ins Jahr 2000 <i>Ein Rückblick auf eine Hörfunkreihe zum Jahreswechsel 1979/80</i> <i>(Franz J. Bautz)</i>	S. 29
Die Jahrhundertwende 1900 als historisches Thema <i>(Frank Möller)</i>	S. 35

Im Januar 2000 fand in der Akademie für Politische Bildung Tutzing ein Symposium zum Thema „Ein Rückblick auf den Ausblick auf den Fortschritt“ statt. Partner war die Fachgruppe Kommunikationsgeschichte der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK).

Einige Tagungsbeiträge sind für dieses Heft zusammenge stellt worden. Markus Behmer, Mitorganisator des Tutzinger Symposiums, erläutert in seiner Einführung die Ausgangslage und Motivation dieser Veranstaltung.

Wolfgang Eichhorn widmet sich in seinem Artikel der tra dierten Faszination und dem damit einhergehenden unre flektierten Umgang mit „runden Daten“, indem er die Bedeutung von Zahlen in ihren geschichtlichen Zusammenhang stellt.

Franz J. Bautz, ehemaliger Leiter der Abteilung Kulturkritik beim Bayerischen Rundfunk, erinnert sich in seinem Beitrag an eine wissenschaftliche Diskussion von 1979/80 im Rahmen einer Hörfunkreihe des Bayerischen Rundfunks. Die DiskussionsteilnehmerInnen versuchten damals aus ihrer gesellschaftlichen Wirklichkeit heraus einen Ausblick auf das Jahr 2000 zu geben.

Unter dem Aspekt der Erfahrungsgeschichte untersucht Frank Möller Zukunftserwartungen der wilhelminischen Elite zur Jahreswende 1899/1900. Eine seiner zentralen Fragen ist die nach der Bedeutung des „Fin de siècle“ vor hundert Jahren, wobei er die Befindlichkeit dieser Elite mit Hilfe der Projektionsfläche „Zukunft“ rekonstruiert.

Claudia Ihlefeld in der HEILBRONNER STIMME vom 14. April 2001¹⁴:

Die Inszenierung von Macht

... Wie Wissenschaftler, Medienkritiker und Politiker die Zukunft der „Demokratie in der Sp@ßgesellschaft“ sehen, war Thema einer Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutting. Risikogesellschaft, Erlebnisgesellschaft, Spaßgesellschaft: Dass die Begriffe schon wieder abgegriffen sind und außer Frage steht, dass Politiker Teil der täglichen Show sind, steht den Experten am Starnberger See ins Gesicht geschrieben. Ein Patentrezept gibt es nicht, längst ist die Kanzlerdemokratie zur Telekratie geworden, lasst uns trotzdem einmal darüber reden.

„Schmidsteinander ins 21. Jahrhundert“, will der Duisburger Soziologe Hermann Strasser die Banalisierung der Unterhaltungsindustrie auf einen Nenner bringen. Und wirft mit Harald Schmidts Zynismus, Helge Schneiders

gehobenem Blödsinn und „Big Brothers“ Exhibitionismus unterschiedliche Phänomene in einen Topf. Weniger kulturpessimistisch betrachtet der Politologe Ulrich Sarcinelli von der Uni Landau-Koblenz den Stand der Dinge. Der Bürger ist auch Voyeur und darf nicht unterschätzt werden, sowie die Inszenierung der Politik nicht überbewertet. Politik als Kampf um Aufmerksamkeit, Machtinszenierung als Verfahren der Bedeutungsvermittlung sind alte Kulturtechniken.

Imageberater und Schönredner

Bereits Ende der 80er Jahre prägte Sarcinelli den Begriff der „Politikvermittlung“. Dass sich die politische Elite zur medienfixierten Politprominenz wandelt, ist für ihn weniger interes-

sant als die Macht der neuen Vermittler: der Kreativagenturen und Öffentlichkeitsberater. Die Aufgabe dieser aufstrebenden Funktionselite? Öffentliche Resonanz erzeugen, ohne selbst in Erscheinung zu treten. Während in den USA oder Großbritannien, so Sarcinelli, die Spindotors, die Imageberater, Redenschreiber und Schönredner, im Rampenlicht stehen, wirken sie in Deutschland fast verschämt im Halbschatten. ...

... Dafür gewährt Wolfgang Hoderlein einen Blick in die Hexenküche modernen Parteimanagements. Wie unbewegliche Tanker wieder in Bewegung gebracht werden sollen, lautet die Existenzfrage für den Landesvorsitzenden der bayerischen SPD. „Von Spaßgesellschaft mit Blick auf 82 Millionen Deutsche“ will Hoderlein so nicht sprechen und versucht, die Legende vom wachsenden Desinteresse an Politik zu relativieren. Wenig hält er von der Früher-war-alles-besser-These. Hedonistische Tendenzen, so seine Erfahrung, äußern sich eben auch in den Rahmenbedingungen der Politik.

... (siehe Report 2-01)

Johannes Fischer in FREIE PRESSE CHEMNITZ vom 17. April 2001:

NS und SED: Auf der Strecke blieb die Freiheit

... „Der Vergleich zwischen der NS- und SED-Diktatur ist umstritten“, räumt Heydemann ein. Kritiker solcher Untersuchungen weisen darauf hin, dass der DDR-Sozialismus keinen Holocaust verübte und keinen Weltkrieg entfesselte. Außenpolitisch hing das SED-Regime an der Leine der Sowjetunion, seine Existenz verdankte es dem Ausgang des Krieges. Die NS-Diktatur hingegen war hausgemacht, von der deutschen Wählerschaft eingesetzt. Und, so Heydemann: „Die kriminelle Energie des NS-Staates ist unvergleichlich höher gewesen als die der DDR.“ Und dennoch haben beide Diktaturen Gemeinsamkeiten, wie sich bei der Tuttinger Tagung sehr

schnell herausstellte: der Versuch der Regime, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vollständig zu durchdringen, zu beherrschen oder, wie man auch sagt, zu durchherrschen. Diese Versuche verursachten viel Leid, bei Millionen von Menschen. Erst unter dem NS-Regime, dann unter sowjetischer Besatzungsmacht und schließlich im SED-Staat. Karrieren wurden geknickt, Vereine verboten, Menschen drangsaliert und getötet. Auf der Strecke blieb immer die Freiheit. ...

... Der Zugriff des SED-Regimes auf die Gesellschaft war stärker als im „Dritten Reich“. Die DDR hatte den größeren Durchdringungsgrad, die umfassenderen Überwachungsappa-

te. Und scheute sich auch nicht, auf diktaturerfahrenes Personal zurückzugreifen. So wechselte in Sachsen die komplette Führung der Hitlerjugend zur Freien Deutschen Jugend. Und auch im Vereinsleben schafften einige heimattümelnde Nationalgenossen problemlos den Sprung in die Heimat-Arbeitsgruppen der Kulturvereine. Nicht anders auf allerhöchster Ebene: 27 Funktionäre in den Zentralkomitees der SED und acht Minister der DDR waren ehemalige Mitglieder der NSDAP. Der anti-faschistische Gründungsmythos der DDR, als einziger deutscher Staat radikal mit dem Nationalsozialismus gebrochen zu haben, ist, wie Heydemann sagt, eine „Existenzlüge“... (siehe Seite 8)

Peter Tamme in NEUER TAG vom 1./2. Mai 2001:

„Raus aus dem Wartesaal!“

Die EU vor der Erweiterung - welchen Weg geht Polen?

... Heute sieht sich die polnische Gesellschaft einem tiefen Wandel ausgesetzt, der aber schon lange vor der Wende begonnen hat, so Professor Leo Dyczewski aus Lublin. Jede der bisherigen neun Regierungen habe neue Schwerpunkte gesetzt und andere Eliten begünstigt. Alle jedoch haben das Ziel einer Öffnung zum Ausland auf der Basis der freien Marktwirtschaft verfolgt. Die Normen für die Familie haben sich gewandelt. Eine nicht vor dem Altar geschlossene Ehe (das waren 1995 bereits die Hälfte) verfällt nicht mehr der Ächtung von Verwandten und Freunden. Fünfzig Prozent wollen zwei Kinder, zwanzig Prozent drei und zwölf Prozent eins. Die Hälfte aller polnischen Bürger fühlt sich verunsichert. Ursachen hierfür sind die Verarmung der Durchschnittsfamilien und die hohe Arbeitslosigkeit. (13 Prozent). Da nach einem Jahr Arbeitslosigkeit die staatliche Hilfe erlischt, lebt ein Viertel der Bevölkerung als „Transformationsopfer“ in offiziell registrierter Armut.

Dabei sind die Voraussetzungen für eine Besserung gut. Zunächst einmal hat man die über vierzig, unseren Bundesländern ähnlichen Wojwodschaften auf sechzehn reduziert und versucht nun, mit steuerlichen Mitteln die großen Strukturunterschiede etwas auszugleichen. Der private Sektor erarbeitet bereits 65 Prozent der gesamten Wertschöpfung. Die polnische Regierung will bis zu neunzig Prozent aller Betriebe privatisieren. Jetzt sind die Eisenbahnen dran. Deutschland steht in Polen mit Investitionen im Wert von über sechs Milliarden US-Dollar an der Spitze vor den USA und Frankreich. Über 7500 deutsche Firmen mit deutschem Kapital sind in Polen angemeldet. Sorgen macht das stetig steigende Handelsdefizit. Insgesamt stehen den Standortvorteilen eines großen Binnenmarktes (38,6 Millionen Einwohner), stabiler politischer Verhältnisse und günstiger Lohnkosten noch folgende Nachteile gegenüber: lange Wartezeiten an den Grenzen, häufige Änderungen im Wirtschaftsrecht und ein mangelhaftes Straßennetz.

Ein sensibles Kapital sowohl für den Beitrittskandidaten als auch für die EU ist die polnische Landwirtschaft. Sie ist in den Sektoren Obst, Beeren, Gemüse und Schweinefleisch Weltspitze. Ihr Anteil am Brutto-Inlandsprodukt sank zwar von 6,5 Prozent (1965) auf 3,3 Prozent (1999), die Produktivität hat sich jedoch erhöht. Nur hofft man auf Ausgleichszahlungen der EU, so wie sie die bisherigen Mitgliedsländer erhalten. Aus Sicht der EU ist Polen kein „Aufnahmemarkt“. Bei allem auf der Tagung demonstrierten Wohlwollen für Polen könnte sich hier ein zusätzliches „Sorgenkind“ entwickeln, zumal die polnische Landwirtschaft noch über „Reserven“ verfügt. ...

(siehe Seite 3)

Roland Preuß in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 11. Mai 2001:

„Mit Marx- und Engelszungen“

Hätte Hans Maier seinen Vortrag vor 30 Jahren gehalten, so hätten die Achtundsechziger bestimmt ihre Freude daran gehabt, die „reaktionäre Versammlung“ zu sprengen. So ist es Maier damals tatsächlich ergangen. Sprechchöre und Sitzblockaden machten es dem Politikprofessor an der Universität München unmöglich, seine Vorlesungen zu halten. Deshalb geriet sein Vortrag „1968 – Versuch einer Bilanz“ zu einem persönlichen Erfahrungsbericht, die Bilanz zu einer Generalkritik an der Protestbewegung. Eine Sprengung im Achtundsechziger-Stil war bei der Veranstaltung im Maximilianeum allerdings unwahrscheinlich: Im Publikum dominierten die fein angezogenen Damen und Herren aus der Generation vor der Studentenbewegung.

„Jawohl, auch ich bin ein Achtundsechziger“, sagte der ehemalige Kultusminister. Freilich meint er damit nicht seine Zugehörigkeit zur Protestbewegung. Vielmehr sei er persönlich durch den Protest geprägt worden. Protestierende Studenten riefen zum Boykott seiner Vorlesungen auf. „Die Ereignisse lassen mich bis heute nicht los.“ Einige Kollegen seien damals durch die Anfeindungen gebrochen

worden, einzelne hätten sich sogar das Leben genommen. Auch nach 33 Jahren kann Maier nichts Gutes an der Revolte finden. „Alle Welt sprach damals mit Marx- und Engelszungen.“ Die Protestierer hätten eine andere Sprache etabliert. So habe man plötzlich von „Kapitalisten“ und „Herrschenden“ gesprochen, statt sich an „Unternehmer“ und „Amtsinhaber“ zu halten. Militärische Kampfbegriffe wie „Gegengewalt“ hätten sich breit gemacht. Zudem machte Maier Parallelen zum Nationalsozialismus aus. Die Jungakademiiker hätten gerade jüdische Professoren angefeindet. „Die APO und die Studentenbewegung waren nicht unbedingt eine linke Bewegung“, sagte Maier. Ihre Forderungen nach Mitbestimmung in den Universitätsgremien hätten auf korporatistische Organisationen wie im Mittelalter abgezielt. „Marxistisch war das nicht.“ Besonders übel sei die Gewaltbereitschaft der Protestierer gewesen. „Über Gewalt gegen Sachen wurde gar nicht mehr diskutiert.“ Ein Teil der APO, die Linksterroristen, hätten sich schließlich zum politischen Mord entschlossen. ...

(siehe Seite 9)

Mehr Konkurrenz um Lohn und Arbeit?

Auswirkungen der Osterweiterung der EU auf die Arbeitsmärkte - Optionen für die Politik

Fachkonferenz in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München

Dunja Böhm in der AUGSBURGER ALLGEMEINEN vom 30. Mai 2001:

Osteuropas Scheu vor deutscher Bürokratie

Welche Folgen wird es haben, wenn sich die EU nach Osten öffnet und ihr Länder wie Polen, Ungarn oder Tschechien beitreten? Wird unser Arbeitsmarkt unter dem Ansturm jobsuchender Einwanderer zusammenbrechen? ... Migrationsexperten aus Landes- und Bundesministerien, des ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung sowie verschiedene Wissenschaftler warfen derartige Vorurteile radikal über den Haufen.

... Das Ergebnis ist überraschend. Die von vielen befürchtete Einwanderungswelle wird für die nächsten 10, 15 Jahre ausgeschlossen.

Schätzungen zufolge werden im ersten Jahr nach dem EU-Beitritt aus Polen, Rumänien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn etwa 230.000 Einwanderer erwartet. Nach 15 Jahren soll ihre Zahl auf 66.000 pro Jahr sinken.

„Befürchtungen, dass sich zehn Millionen Menschen auf den Weg zu uns machen werden, sind also falsch“, sagt Gebhard Flraig vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung. Das liegt in erster Linie daran, dass für viele Osteuropäer der meist entscheidende wirtschaftliche Anreiz fehlt. Auswandern könnte nur dann wieder attraktiver werden, wenn sich die soziale und wirtschaftliche Lage in diesen Staaten ungünstig

entwickelt - aber danach sehe es nicht aus, meint Christina Larischova vom Prager Institut für Internationale Beziehungen. Tatsächlich sei das Wachstum beispielsweise in Polen oder Tschechien inzwischen relativ hoch. Als weitere Gründe dafür, dass sich die Zahl der Einwanderer in Grenzen halten wird, führt Martin Wolburg (...) die Scheu der Osteuropäer vor der deutschen Bürokratie und die empfundene Fremdenfeindlichkeit an.

Insgesamt wird die Öffnung der EU nach Osten von den Experten überwiegend positiv bewertet. Sie versprechen

Michael Bauchmüller in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 21. Mai 2001:

Angst vor zu viel Freizügigkeit?

Ob sich Wissenschaftler mit ihren Argumenten werden durchsetzen können, ist sehr fraglich. Für den Fall, dass es nicht zu den Fristen kommt, haben Gewerkschaften schon Widerstand angekündigt. Selbst in Regierungskreisen gesteht man inoffiziell, dass die Einräumung von Übergangsfristen auch psychologische Wirkung haben soll, um Unmut in der arbeitenden Bevölkerung abzuwenden. Gerne bemühen die Befürworter der Übergangsregelungen auch deren Vorteile für die Kandidatenländer: Es lasse sich so der Brain drain verhindern, die Abwanderung der klügsten Köpfe. In den Ländern selbst wird das freilich anders gesehen: Zum einen befürchten sie, sie könnten zu Mitgliedern zweiter Klasse werden. Zum anderen ist offen, ob sich der Brain drain durch eine Einschränkung der Freizügigkeit verhindern lässt, und ob nicht die klugen Köpfe, die gerne auswandern wollten, die Gelegenheit dazu längst genutzt haben. Eines aber müssen auch die Advokaten des Übergangs offen lassen: Die Frage nämlich, ob sich nach Ablauf der Übergangsfristen an der Problematik etwas geändert haben wird. Der verschärzte Wettbewerb auf einem inflexiblen Arbeitsmarkt würde lediglich um fünf oder sieben Jahre verzögert beginnen. Die Auswirkungen wären vermutlich dieselben.



Die Prognose-Kontrahenten: Herbert Brücker, DIW, Berlin (links) und Gebhard Flraig, ifo-Institut, München
Fotos: Hoffmann

sich einen regen Austausch vor allem von qualifizierten Fachkräften. Nicht zuletzt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) habe vor kurzem darauf hingewiesen, dass Deutschland diese Art von Zuwanderung brauche.

Die Referenten-Statements des Abschlusssteils der Tagung sind im Ifo-Schnelldienst Nr. 11/2001 vom 18. Juni erschienen.

... Weitere Pressestimmen zu dieser Tagung nächste Seite ▶

Doris Heimann im HANDELSBATT vom 17. Mai 2001

Ost-Erweiterung führt Experten in den Westen

Nicht die in der Öffentlichkeit oft beschworenen Massen niedrig qualifizierter Billigarbeiter, sondern Arbeitnehmer mit einem hohen Ausbildungsniveau werden nach der EU-Erweiterung einen Großteil der osteuropäischen Zuwanderer ausmachen. Das zumindest ist die Prognose des Wiesbadener Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. „Die osteuropäischen Länder unterscheiden sich von klassischen Migrationsländern auch dadurch, dass ihr Bildungsniveau höher liegt als das deutsche“, sagte Martin Wolburg vom Sachverständigenrat bei einer Konferenz an der Akademie Tutzing. ...

... Die unterschiedlichen Qualifikationen, die die Zuwanderer mit nach Deutschland bringen, werden sich demnach produktivitätssteigernd auswirken. Gleichzeitig wird es in Osteuropa nicht zu einem „brain drain“ kommen. Wolburg spricht stattdessen von einem „brain exchange“, einem Austausch Hochqualifizierter: „Viele multinationale Firmen engagieren sich in Osteuropa und bringen westliche Experten dorthin.“



V.l.: Tomasz Budnikowski, Tagungsleiter Peter Hampe, Kristina Larischova

Die Referenten:

Dr. Herbert Brücker, DIW, Berlin

Prof. Dr. habil. Tomasz Budnikowski, Institut für intern. Angelegenheiten, Posen

Norbert Ewald, IG Bauen - Agrar - Umwelt, Frankfurt

Prof. Dr. Gebhard Flraig, Ifo Institut, München

Prof. Dr. Klaus Frohberg, Institut f. Agrarentwicklung in Mittel- u. Osteuropa, Halle
Elmar Hönekopp, Institut für Arbeitsmarkt- u. Berufsforschung der BfA, Nürnberg

Prof. Dr. Bernhard Huber, Universität München

Christoph Kannengiesser, Bundesvereinig. d. Deutschen Arbeitgeberverb., Berlin

Jochen Kubosch, Leiter d. Vertretung der Europäischen Kommission in München

Christina Larischova, Stellvert. Leiterin des Instituts f. Intern. Beziehungen, Prag

Peter Huber, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien

MinDir. Alfred Müller, Bayer. Staatsmin. f. Arbeit, Sozialordnung, Familie u. Frauen, München

MinDir. Dr. Wolfgang Ohndorf, Bundesminist. f. Arbeit u. Sozialordnung, Berlin

Dr. Wolfgang Qualsser, Osteuropa-Institut, München

Gerhard Untiedt, Gesellschaft für Finanz- u. Regionalanalysen, Münster

Dr. Martin Wolburg, Sachverständigenrat Wirtschaft, Wiesbaden

Tagungsleitung: Prof. Dr. Peter Hampe / Karl-Heinz Willenborg
Jochen Kubosch

Alois Schießl in der PASSAUER NEUEN PRESSE vom 9. Juni 2001:

Experten sicher: Die EU-Osterweiterung führt zu keiner Überschwemmung am Arbeitsmarkt

Auf einer mehrtägigen Fachtagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing wurde auf Studien verwiesen, wonach die Mobilitäts-Bereitschaft von Tschechen, Polen und Ungarn nur sehr begrenzt, Deutschland auf der anderen Seite auf Zuwanderung

angewiesen sei. Weitgehend unbegründet sei auch die Angst vor einem unkontrollierten Anschwellen der Pendlerströme, was massenhaft zu Arbeitsplatzverlusten ostbayerischer Arbeitnehmer führen werde.

Prof. Tomasz Budnikowski vom polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten be-

tonte in Tutzing, wegen der durch den Kommunismus vielfach ramponierten Ausbildung von Eigeninitiative, der niedrigen Geburtenrate in Polen und des relativ guten Wirtschaftswachstums stehe Polen keine große Abwanderungsbewegung bevor.

Kristina Larischova vom tschechischen Institut für Internationale Beziehungen teilte mit, Hochrechnungen nach können sich bis zu 260.000 Tschechen vorstellen, im Ausland zu leben. Höher (...) wurde von ihr die Pendlerbereitschaft der Tschechen eingeschätzt.

Fazit der Tagung in Tutzing war: Auch wenn die Einwanderung zu keiner „Überflutung“ führen werde, werde der Wettbewerbsdruck auf deutsche Firmen und Arbeitnehmer zunehmen. Und darauf sollten sich die Grenzregionen schon heute einstellen. ■

NS-Aufschwung oder Staatskonjunktur?

Werner Bührer in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 30. Mai 2001:

Viele Maschinen, wenig Essen

Wer das nationalsozialistische Regime rechtfertigen möchte, verweist mit Vorliebe auf dessen vermeintliche Erfolge bei der Überwindung der Weltwirtschaftskrise nach 1933. Vor allem hätten die Nazis die Arbeitslosigkeit schneller und dauerhafter beseitigt als andere Regierungen. Historiker, die sich mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Nationalsozialisten beschäftigen, gehen deshalb ein doppeltes Risiko ein: Sie laufen Gefahr, solchen Rechtfertigungsversuchen ungewollt Vorschub zu leisten und sie können leicht den Unterschied zwischen der Wahrnehmung der Zeitgenossen und der nachträglichen, emotionslosen Analyse aus den Augen verlieren.

Gelenktes Kapital

Entsprechend vorsichtig gingen die Referenten, die auf Einladung der Akademie für Politische Bildung zu einer Fachtagung nach Tutzing gekommen waren, zu Werke – von einem „NS-Wirtschaftswunder“ sprachen sie allenfalls in provokatorischer Absicht oder stark relativierend. Unter dem Thema „Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur?“ ging es darum, zu klären, welche Rolle die Wirtschaftspolitik in den frühen dreißiger Jahren spielte, was die Wirtschaftsordnung jener Jahre kennzeichnete, und ob es einen spezifisch deutschen Aufschwung gab. Renommierte und jüngere Wirtschaftshistoriker aus Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten versuchten die Fragen auf unterschiedlichen Wegen zu beantworten.

Mit dem Problem der unternehmerischen Autonomie setzte sich Mark

Spoerer (Stuttgart-Hohenheim) auseinander. Ungeachtet zahlreicher Eingriffe und Restriktionen blieb das Privateigentum in Nazideutschland formal unangetastet; besonders mittelständische Unternehmen konnten vergleichsweise hohe Gewinne erzielen, deren Verwendung jedoch streng reglementiert war. Volkswirtschaftlich betrachtet sei die staatliche Kapitallenkung freilich ineffizient gewesen. Noch ungünstiger fiel das Urteil aus, das Jörg Baten (Tübingen) und Andrea Wagner (München) über die NS-Gesundheitspolitik fällten. Sie konstateren im Gegensatz zum propagandistischen Wunschbild einen Rückgang des „biologischen Lebensstandards“: Der Gesundheitszustand vor allem der städtischen Bevölkerung habe sich verschlechtert, die Qualität der Ernährung sei gesunken, die Sterblichkeits-

schaft: Wie Adam Tooze (Cambridge) nachwies, konnte Deutschland bis zum Frühjahr 1943 sogar einen Vorsprung vor den Vereinigten Staaten behaupten, und zwar keineswegs, wie amerikanische Experten behaupteten, wegen längerer Abschreibungsfristen oder eines eher quantitativ als qualitativ ausgerichteten Produktionssystems. Dieser zeitweilige Spitzenplatz resultierte freilich nicht aus staatlichen, sondern aus unternehmenspolitischen Entscheidungen.

Impulse von außen

Im zweiten Teil der Konferenz kamen die etablierten Vertreter des Faches zu Wort. Der mit Spannung erwartete Disput zwischen Christoph Buchheim (Mannheim) und Werner Abelshauser (Bielefeld) über die Frage, worauf die Erholung von der Weltwirtschaftskri-

se zurückzuführen sei, endete nach Ansicht etlicher Zuhörer mit klaren Vorteilen für Buchheim. Seine These, die Belebung der Nachfrage sei 1932/33 „teils spontan, teils durch Arbeitsbeschaffungsprogramme der letzten Weimarer Regierungen“ erfolgt, und dem NS-Regime kom-



Von links: Adam Tooze (Cambridge), Harold James (Princeton), die Emeriti Knut Borchardt und Hans Mommsen, Albrecht Ritschl (Zürich)

rate sei gestiegen – ein Trend, den Baten und Wagner unter anderem auf die Gesundheits- und Autarkiepolitik des Regimes zurückführten und der Deutschland auch im internationalen Vergleich schlecht abschneiden ließ. Ganz anders bei der Produktion und dem Einsatz von Werkzeugmaschinen, einem wichtigen Indikator für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirt-

me mithin „kein Verdienst an der Konjunkturwende“ zu, konterte Abelshauser mit dem Hinweis auf die zumindest in puncto Abbau der Arbeitslosigkeit durchaus erfolgreiche „NS-Krisenpolitik“. Widerspruch erntete er dafür auch von Albrecht Ritschl (Universität Zürich), der anhand ökonomischer Analysen schloss, die konjunkturellen Impulse seien auf Grund

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

- 36-1 3. – 6. 9.** **Globalisierung verstehen und gestalten**
Ferienseminar III für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen
Leitung: Michael Piazolo
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 36-3 7. – 9. 9.** **Der 13. August 1961**
Die Berliner Mauer als Zäsur
In Zusammenarbeit mit der Vereinigung Gegen Vergessen für Demokratie
Leitung: Jürgen Maruhn / Karl Wilhelm Fricke
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 37-1 10. – 12. 9.** **Der Euro kommt**
In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 37-2 14. – 16. 9.** **Russland – Weltmacht im Wartestand**
Tutzinger Internationales Forum
Leitung: Horst Denzer
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 37-3* 11. – 14. 9.** **Streiten für die Demokratie**
Zur Auseinandersetzung mit dem Extremismus
In Kooperation mit der Bundeswehr
Leitung: Jürgen Maruhn
Sekretariat: Belinda Bachmann Tel. 08158/256-53
- 38-1 19. – 20. 9.** **Citizenship: Politische Bildung im (internationalen) Vergleich**
Fachkolloquium
Leitung: Peter Hampe
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 38-3 21. - 23. 9.** **Die Unabhängigkeit der Gerichte - Realität oder bloße Idee?**
In Zusammenarbeit mit der Neuen Richtervereinigung (NRV)
Leitung: Michael Piazolo
- 39-1* 24. – 28. 9.** **Kunst und politische Bildung: Multimedia und Internet**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Gruber
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 39-4 24. – 26. 9.** **Abwarten und Tee trinken? – England und die EU**
In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München
Leitung: Klaus Grosch
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Oktober

- 40-2 1. – 2. 10.** **Schreiben fürs Netz – online publizieren**
In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 40-3 4. – 6. 10.** **Zwischen Politik und Zeitgeschichte – 10 Jahre Öffnung der Stasi-Akten**
In Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Leitung: Jürgen Weber
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 41-1 8. – 12. 10.** **Kriege erinnern – Kriege verarbeiten**
41. Internationale Hochschulwoche mit der Südosteuropa-Gesellschaft
Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Belinda Bachmann Tel. 08158/256-53
- 41-2 12. – 13. 10.** **Bürgerbeteiligung und repräsentative Demokratie**
In Kooperation mit der Hochschule für Politik, München
Leitung: Peter Hampe / Karl-Heinz Nusser
- 42-1* 15. – 19. 10.** **Parteidemokratie auf dem Prüfstand**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 42-3 19. – 20. 10.** **Der freundliche Hegemon – Zur Rolle der USA als einziger verbliebener Weltmacht**
Leitung: Michael Piazolo
- 43-1 22. – 26. 10.** **Stiefkind Wirtschaft – Verpasste Chancen für den Lokaljournalismus**
In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Belinda Bachmann	B.Bachmann@apb-tutzing.de
Heike Bäuerle	H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de">R.Heinz@apb-tutzing.de
Brigitte Hertenberger	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Die Akademie im Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- 43-4*** 22. – 26. 10. **Jugendliche und Recht**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Piazolo / Rudolf Schönauer
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 43-3** 26. – 28. 10. **Ukraine – Brücke zum Westen?**
Tutzinger Internationales Forum
Leitung: Horst Denzer
- 44-1** 29. – 31. 10. **Gewerkschaften wozu?**
Leitung: Jürgen Maruhn
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

November

- 45-1*** 5. – 9. 11. **Aktuelle Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik**
In Kooperation mit der Bundeswehr
Leitung: Jürgen Maruhn
- 45-4*** 5. – 6. 11. **Aktuelle Probleme der Verbraucherberatung**
In Kooperation mit dem KDFB
Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Belinda Bachmann Tel. 08158/256-53
- 45-3** 7. 11. **Akademiegespräch im Landtag**
Leitung: Heinrich Oberreuter
Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49
- 45-2** 9. – 11. 11. **Das Verhältnis von Wirtschaft und Politik im Zeitalter der Globalisierung**
Leitung: Heinrich Oberreuter / Peter Hampe
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 46-1*** 12. – 16. 11. **Nationalsozialismus – Neuere Forschungen, Reflexionen zur Unterrichtspraxis**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 46-2** 16. – 18. 11. **Krieg um Wasser – Neue Konfliktursachen in der Welt**
Leitung: Horst Denzer
- 47-1** 20. – 21. 11. **Bürgerarbeit zwischen Egotrip und Ehrenamt**
In Kooperation mit dem Landesausschuss für Hauswirtschaft
Leitung: Michael Piazolo / Hanka Schmitt-Luginger
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 47-3** 22. – 23. 11. **Forum politische Erwachsenenbildung**
Leitung: Heinrich Oberreuter / Klaus Grosch
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- 47-5 19. – 21. 11.** **Nachhaltig mobil? – Zukünftige energetische Grundlagen des Verkehrs**
In Kooperation mit der Evangelischen Akademie, Tutzing (auch Tagungsort)
Leitung: Peter Hampe / Martin Held
- 48-2 26. – 30. 11.** **Recht verfänglich – Medienrecht und Gerichtsbericht**
In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung
und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 48-4* 26. – 30. 11.** **Die Gemeinde als politischer Handlungsspielraum**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Piazolo / Günther Holz
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 48-3 30. 11. - 2. 12.** **Mehr Mitwirkung der Bürger in der Demokratie - aber wie?**
Leitung: Jürgen Maruhn
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Anzeige

Fit für jede Disziplin

Mit dem neuen Kontomodell Giro-Top bieten wir Ihnen vier leistungsstarke Kontovarianten für Ihre individuellen Ansprüche.

- **Giro Direkt**
Das günstige und unabhängige Konto
- **Giro Basic**
Das unkomplizierte Einsteigerkonto
- **Giro Classic**
Das Konto für mehr Souveränität
- **Giro Gold**
Das Konto für weltweite finanzielle Freiheit

KREISSPARKASSE
MÜNCHEN STARNBERG

Mit Ideen und Engagement

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.kskms.de

Akademie für Politische Bildung
Postfach 220, 82323 Tutzing
Pressesendung DPAG
„Entgelt bezahlt“, B 42656

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter hielt Vorträge in Niederalteich über die soziale Verantwortung des Individuums, in Erfurt über verantwortete Freiheit, in Saarbrücken zur Zukunft der Volksparteien. Er referierte bei Expertengesprächen zu den Themen „Opposition“ und „Direkte Demokratie“ in München und beim Politischen Forum der Katholischen Akademie in München über die SPD.

Am 16. Mai 2001 wurde er zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen gewählt und zum Beauftragten des Vorstands für die Zeitschrift für Parlamentsfragen bestellt.

KOLLEGIUM

Prof. Dr. Peter Hampe wurde auf der Jahresversammlung des Münchener ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung als Kurator wiedergewählt.

Dr. Michael Piazolo hielt Vorträge zum Thema „Charta der Grundrechte der EU“ in Erlangen, Neubeuern, München und Teisendorf. Bei der Landesversammlung der Europa-Union, Bayern ist er zu deren stellvertretendem Landesvorsitzenden gewählt worden. Seit April diesen Jahres wirkt er im Rahmen einer deutsch-französischen Projektgruppe, mit Sekretariat in Brüssel, an der Erstellung eines Verfassungsentwurfes für eine EU der Zukunft mit.

Dr. Manfred Schwarzmeier hielt einen Vortrag zum Thema „Demokratie in Deutschland. Verständnis - Probleme - Lösungen“ in Niederalteich.

E-Mail-Adressen der Dozenten:

H.Denzer@apb-tutzing.de
K.Grosch@apb-tutzing.de
P.Hampe@apb-tutzing.de

J.Maruhn@apb-tutzing.de
M.Piazolo@apb-tutzing.de
M.Schroeder@apb-tutzing.de

M.Schwarzmeier@apb-tutzing.de
J.Weber@apb-tutzing.de
K.Willenborg@apb-tutzing.de

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing